ISRAEL NACHRICHTEN

חדשות ישראל

SONNTAG, 29. SEPTEMBER 1974 • PREIS: IL 1.— יום ראשון, י״ג תשרי תשל״ה ★ המחיר: ל״י

Arabische Aussenminister beraten über Vermittlerrolle Kissingers

Einige der in New York an der UN-Vollversammlung teilnehmenden arabischen Aussenminister berieten über die Erklärung des amerikanischen Präsidenten Gerald Ford und über das Treffen der Aussen- und Finanzminister von Grossbritannien, Westdeutschland, Frankreich, der Vereinigten Staaten und Japan in Camp David, dem Sommersitz des amerikanischen Präsidenten. Sowohl die Erklärung Fords, als auch die Beratung in Camp David waren den ständigen Erhöhungen der Erdölpreise gewidmet und die Araber sehen darin eine unverhüllte Drohung mit Gegenmassnahmen.

Auf der erwähnten Tagung der arabischen Aussenminister wurde u.a. vorgeschlagen, zu erklären, dass der amerikanische Aussenminister Dr. Henry Kissinger für die Araber nicht mehr als Vermittler im Nahostkonflikt in Frage komme. Nach Meinung einiger arabischen Aussenminister haben die Amerikaner kein Interesse mehr, von Israel weitere Verzichte zugunsten der Araber zu erreichen.

Wie aus Wien bekannt wird, erwägen jetzt die Erdöl produzierenden Staaten eine besondere Konferenz einzuberufen, welche sich mit der verhärteten amerikanischen Haltung in der Erdöl-Frage befassen soll.

Amerikanischer Senat beraet ueber Sanktionen gegen Erdoelstaaten

Washington (AFP) — In den letzten 48 Stunden beriet der Senat der Vereinigten Staaten über zwei Vorschläge betreffend Sanktionen gegen die Erdöl produzierenden Staaten. Die Finanzkommission des Senats bestätigte am Wochenende den Vorschlag, das Gesetz über den Aussenhandel zu novellieren. Der Zweck dieser Novelle ist es, die Meistbegünstigungs-Klausel in den Zollverträgen mit allen jenen Staaten zu streichen, welche am Erdöl-Embargo gegen die Vereinigten Staaten teilgenommen haben oder künftig teilnehmen werden.

Parallel dazu brachte der Senator Frank Church den Antrag ein, das Gesetz über die Auslandshilfe zu ändern. Seinem Antrag zufolge wird kein Mitgliedsstaat der Organisation der Erdölproduzenten „OPEC" wirtschaftliche oder militärische Hilfe von den Vereinigten Staaten erhalten, wenn er sich weigern sollte, die Erdölpreise herabzusetzen.

Es wird angenommen, dass die amerikanische Administration die beiden erwähnten Vorschläge ablehnen wird, obwohl sie die wachsende Unzufriedenheit amerikanischer parlamentarischer Kreise mit den Erdöl produzierenden Staaten ausdrücken.

DDR zahlt keine Entschaedigungen

Der ostdeutsche Ministerpräsident Horst Sindermann erklärte am vergangenen Freitag ausdrücklich, dass seine Regierung keine Kriegsentschädigungen an Israel zahlen werden.

Sindermann dementierte bei dieser Gelegenheit Meldungen, wonach sich die DDR bei den Verhandlungen über die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit den USA verpflichtet habe, Entschädigungen an Israel zu zahlen. „Zahlungen an Israel wurden nie erwogen und werden auch nie erwogen werden, weil auf diese Weise der Erwerb von Waffen, die gegen die Araber eingesetzt werden sollen, finanziert werden kann", fügte er hinzu. Aus diesem Grunde würde die DDR auch jederlei Verhandlungen mit zionistischen Verbänden ablehnen.

PENTAGON VERHUETET ATOM-DIEBSTAEHLE

Das amerikanische Verteidigungsministerium will eine Summe von 90 Millionen Dollar zur Verfügung stellen, um den Diebstahl von Atombomben zu verhüten.

General Michael Davidson, der Kommandant der US-Truppen in Europa, rechnet mit der Absicht „verrückter Terroristen", Atomwaffen zu stehlen.

Sowjetischer Zerstoerer sank nicht infolge eines Sabotage-Anschlags

Ankara (R) — NATO-Stellen wiesen am Wochenende die Möglichkeit zurück, dass der sowjetische, mit Raketen ausgerüstete Zerstörer, welcher vor kurzem im Schwarzen Meer versank, einem Anschlag zum Opfer fiel. Die erwähnten Stellen sind der Meinung, dass die Explosion, in deren Gefolge der Zerstörer sank, auf einen technischen Fehler zurückzuführen ist. Der Zerstörer gehört der Klasse „Kaschin" an und sank vor zwei Wochen in der Nähe der Halbinsel Krim. Auf Zerstörern dieser Klasse befindet sich eine Besatzung von 350 Mann. Es ist nicht bekannt, ob jemand von dieser Besatzung gerettet werden konnte.

Die halboffizielle türkische Nachrichtenagentur „Anatolien News Agency" berichtete, dass die Explosion auf dem sowjetischen Kriegsschiff auf einen Sprengstoffanschlag zurückzuführen war.

Verteidigungsminister Schimon Peres im Fernsehen:

»Wir können eine grössere und bessere Armee aufbauen«

In einem Fernseh-Interview sprach Verteidigungsminister Schimon Peres über die Lehren des Jom Kippur-Krieges. Wir können — so sagte er — eine grössere und eine bessere Armee aufbauen als wir sie bisher hatten. Peres erklärte: „Er besteht kein Grund, warum wir aus den Erfahrungen des letzten Krieges und um den schweren Preis der Opfer nicht stärker und besser organisiert hevorgehen sollten, sowohl was die Quantität, als auch was die Qualität der Armee anlangt".

Auf die Frage, ob die das Nachrichtenwesen betreffenden Empfehlungen der Agranat-Kommission verwirklicht worden seien, sagte Peres, dass diese Empfehlungen bereits in die Wirklichkeit umgesetzt wurden. Das bezieht sich vor allem auf die Gesamteinstellung, welche sich durch weniger Selbstsicherheit und mehr Bereitschaft zum Zweifel auszeichnet.

Auch auf organisatorischem Gebiet wurden die Empfehlungen der Agranat-Kommission durchgeführt und als Resultat wird jede abweichende Meinung beachtet und löst sofort alle Warnungsglocken aus.

Zur empfohlenen Errichtung einer obersten Nachrichtenbehörde erklärte der Verteidigungsminister, dass derzeit Beratungen über diese neue Behörde stattfinden, fügte aber hinzu: „Ich bin nicht sicher, dass dies die wichtigste und die zentrale Empfehlung der Kommission auf diesem Gebiet ist. Ich bin der Meinung, das Nachrichtenwesen müsse verbessert werden, sowohl auf technischem, als auch auf intellektuellem Gebiet, vom Beobachtungsposten bis zum Ziehen der Konsequenzen."

Auf die Frage, ob gegen die Kriegstheorie der Araber eine eigene Auffassung geschaffen wurde, entgegnete der Minister: „Die Araber hatten zwei Vorteile — die politisch-strategische Ueberraschung und das Erdöl als wirtschaftlich-strategische Waffe. Was die Ueberraschung betrifft, so muss klar sein, dass diese nicht nur in den Händen der Araber sein wird. Was das Erdöl anbelangt, so konnte dies zwar zahlreiche Unterstützer der arabischen Sache mobilisieren, aber es wurde bewiesen, dass Europa nicht nur pro-arabisch ist, sondern auch dass es nicht proeuropäisch ist — ja, dass es eigentlich überhaupt nicht als politische Einheit besteht". Die Araber hatten also — so resümierte Peres diesen Punkt — zahlreiche Vorteile, während Israel unter zahlreichen Erschwernissen litt.

Befragt über die Fähigkeit Israels, den zweiten Schlag zu führen sagte Peres, er sehe Israel nicht als Kandidaten zum Empfang von Schlägen, weder eines ersten, noch eines zweiten. Die israelische Strategie muss darauf ausgerichtet sein, Schläge zu verhindern. „Wenn es zu Schlägen kommt," so sagte Peres, „so haben wir dafür zu sorgen, dass nicht nur wir welche bekommen. Meiner Meinung lässt sich das erreichen durch eine Neuorganisation unserer Reserven, vor allem durch eine Vermehrung des Personalstandes, Befestigungen und durch Verhinderung der Selbstzufriedenheit. Unsere Strategie muss darauf aufgebaut sein, dass wir die Entscheidung bereits im ersten Gang herbeiführen können.

Zum Thema der strategischen Tiefe sagte der Minister, dass diese an verschiedenen Orten verschiedene Bedeutung hat. Wenn z.B. — so fuhr er fort — am Westufer des Jordans sowjetische Luftabwehrraketen stehen würden, so könnte im ganzen Land kein einziges Flugzeug aufsteigen. Die Sinai-Halbinsel betreffend erklärte er, wenn diese entmilitarisiert sein wird, so werden sich beide Anrainer fühlen. Sollten aber im Sinai ägyptische Stützpunkte geschaffen werden, so wird sich dessen Tiefe zu unseren Ungunsten auswirken.

Was die Golanhöhe betrifft, sagte Peres, so gibt es dort keine Tiefe. Diese Höhe ist eine Plattform für Geschütze und Tankpanzer. Wenn sie in den Händen der Araber ist, so bedeutet dies eine ständige Beunruhigung des Jordantales: wenn sie aber in unseren Händen bleibt, so bedeutet dies Ruhe sowohl für uns als auch für Damaskus.

DIE LETZTEN 24 STUNDEN

Ueber einen Besuch Breschnews in Aegypten vor dessen Reise in die USA im Frühjahr 1975 soll gelegentlich des Besuchs des ägyptischen Aussenministers Fahmi gegen Mitte des Monats Oktober in Moskau verhandelt werden.

Der ägyptische Ministerpräsident Hedschasi wird den für diese Woche vorgesehenen Besuch in den USA aufschieben. Dieser Besuch war noch vor seiner Ernennung vereinbart worden und sollte Wirtschaftsgesprächen dienen.

Auf die Lieferung von acht sowjetischen Passagierflugzeugen vom Typ TU-154 will Aegypten verzichten, weil sich zahlreiche ernsthafte Mängel dieses Flugzeugtyps herausgestellt haben.

Am vierten Jahrestag des Todes von Gamal Abdul Nasser fanden sich zahlreiche Demonstranten an seinem Grabe ein, die eine Fortsetzung seiner Politik forderten. Die sowjetische „Prawda" widmete Nasser einen ehrenvollen Nachruf.

Der Besuch Assads in Moskau soll in der Hauptsache einer Verbesserung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Aegypten und einer Wiederaufnahme der sowjetischen Waffenlieferungen an Kairo gedient haben, versichert die libanesische Zeitung „El Nahar".

In Aethiopien wurde ein neuer Generalstabschef ernannt. Sein Vorgänger forderte von der Schweiz die Auszahlung der dort deponierten Gelder des Kaisers Haile Selassie.

In Portugal wurde der Versuch eines Militäraufstands niedergeschlagen.

Der indische Verteidigungsminister, der zur Zeit in Syrien weilt, besuchte die Stadt Kuneitra.

Die Gattin des amerikanischen Präsidenten Gerald Ford musste sich einer Brustkrebs-Operation unterziehen.

DAS WETTER

Regenfälle möglich, vor allem im Landesnorden.

Temperaturen: Jerusalem 16—23, Tel Aviv 20—25, Haifa 19—24, Zfat 16—21, Tiberias 19—30, Afula 16—29, Lod 18—26, Totes Meer 20—30, Beer Schewa 20—26, Ejlat 25—36 Grad.

תל־אביב־יפו
TEL-AVIV - JAFO
P. P. — שולם
139

[Is]raelisches Artilleriefeuer [au]f Ziele im Südlibanon

(UPI, AFP, R) — Die ... Artillerie beschoss ge... im Südlibanon, bei ...eschuss wurden zwei ... getötet und einige ...letzt — so teilte das ...e Verteidigungsmini... ...t.

...Meldung zufolge wur... ...gegend nördlich und ... des libanesischen ...ta el Scha'ab von der ...n Artillerie unter Feu... ...en und dabei wurden ...nwohner und seine ...et. Das Artilleriefeuer ...gen 10 Uhr vormittag ...te ungefähr zehn Mi...

...f Ajta el Scha'ab liegt ...anderthalb Kilometer ...raelischen Grenze ent... ...ses Dorf wurde in ...genheit bereits mehr... ...israelischen Truppen ... bzw. von der is... ...Artillerie beschossen. ...frage erklärte der Zahalsprecher, dass gestern Stützpunkte der Terroristen im Südlibanon von unserer Artillerie unter Feuer genommen wurden.

In den letzten Tagen versuchten einige Terroristengruppen aus dem Libanon in israelisches Gebiet einzudringen. Donnerstag entdeckte eine Zahalpatrouille zwei Stellen im Sicherheitszaun, wo Terroristen auf israelisches Gebiet eingedrungen waren. Als die Spuren verfolgt wurden, zeigte sich, dass diese Terroristen noch in derselben Nacht auf libanesisches Gebiet zurückgekehrt waren.

Bei einer der Uebergangsstellen wurden Waffen gefunden, sowie Munition, Proviant, ein Beil und Drahtscheren. Ausserdem wurden Flugblätter gefunden, in welchen — in Arabisch und in Ivrit — die Freilassung von zehn Terroristen gefordert wurde. Unter den Freizulassenden waren auch Udi Aviv und Bischof Capucci genannt. Die Terroristen forderten in diesen Flugblättern auch, die zehn Freizulassenden — in Begleitung eines Vertreters des Vatikans oder des französischen Botschafters — nach Kairo zu fliegen. Die Flugblätter trugen die Unterschrift der Fatah-Organisation.

DRITTE PHASE DER ENTMINUNG IN DER SUEZBUCHT

Kairo (UPI)— Eine sowjetische Flotteneinheit begann am Wochenende die dritte Phase der Suche nach Minen und Sprengstoffen in der Suezbucht — so berichtete die Nahost-Nachrichtenagentur in Kairo. Die Presseagentur zitiert den stellvertretenden Kommandanten der sowjetischen Einheit, demzufolge die jetzige Phase in der Entminung bis Ende November andauern dürfte.

Diese Flotteneinheit besteht aus Minensuchern, einem Hubschrauberträger, einem Versorgungsschiff, einem Oeltanker und einem Flaggschiff.

„ALLE SIND BEREIT"

„Wenn es nochmals darauf ankommt, werden die israelischen Soldaten aller Dienstränge ihre Pflicht erfüllen, versicherte Generalstabschef Raw-Aluf Mordechai Gur im Fernsehen. Die Vertrauenskrise in den ersten Tagen des Jom Kippur-Krieges wurde rasch überwunden und darum auch der Sieg errungen, fügte er hinzu.

[Z]WEI TERRORISTEN IM SUEDEN DER ARAWA GEFASST

... — In der Nacht auf ...tdeckten die Sicher... ..., dass eine Terrori... ...aus Jordanien im Sü... ...Arawa auf israelisches ...gedrungen war. Als ...ilisten in derselben ...f der Arawa-Strasse ...en fuhren, wurden sie ...en. Bei diesem Zwi... ...wurde niemand ver... ...die Zivilistengruppe ...darüber beim näch... ...posten. Es setzte so... ...umfassende Verfolgung ...estern vor Tag fassten ...heitskräfte zwei Terro... ...e beiden waren be... ...atten Sprengstoffe in ihrem Besitz, sowie Flugblätter, in welchen die Freilassung von zwanzig Terroristen gefordert wurde.

Wie sich aus den vorgefundenen Flugblättern ergibt, gehören diese Terroristen zum Verband „Bnej Firdan", der bei dieser Gelegenheit erstmalig entdeckt wurde. Den anderen Mitgliedern der Terrorgruppe gelang es, auf jordanisches Gebiet zu entkommen.

Die Terroristen versuchten ein Fahrzeug aufzuhalten u. beschossen dieses, als es nicht anhielt. Offenbar wollten sie die Insassen des Fahrzeugs als Geiseln nehmen.

...ein geliebter Mann, Vater und Grossvater

LEISER EBNER

...ht mehr.

...ie Beerdigung findet heute, Sonntag, den 29. Septem... 1974, um 12 Uhr vom Rothschild-Krankenhaus, ...aus statt.

TERESE EBNER, Gattin
und die ganze Familie

...n tiefer Trauer geben wir das Ableben meines lieben ...es, unseres Vaters, Bruders und Grossvaters.

...JEH (LEOPOLD) LEPATE

(Sohn von Avraham ז״ל)

...lter von 85 Jahren bekannt.

...Die Beerdigung findet heute, Sonntag, den 29. Septem... 1974, um 4.30 Uhr nachmittags vom Hause des ...orbenen, Rechow Achusa 11, Raanana, aus auf dem ...hof in Raanana statt. Autobus steht vom Trauerhaus ...ur Verfügung.

Die Trauernden:
Gattin, Sohn, Töchter, Schwiegertochter,
Schwiegersöhne, Enkel und Urenkel
und die übrigen Familienangehörigen

Unsere liebe

IRMA SIMON

(geb. Lewandowski, früher Ramot Haschawim)

...uns nach schwerer Krankheit für immer verlassen.

Die Beisetzung findet heute, Sonntag, den 29. Septem... 1974, um 14.30 Uhr auf dem Friedhof in Ramot ...hawim statt.

DIE TRAUERNDE FAMILIE

... Lebensmit[tel] ... der Verpack[ung]

... GEGEN ESCHED UN[D] ... AM 9. OKTOBER

...ande

[ISRA]EL NACHRIC[HTEN]

aus Israels PRESSE

DIE INTERNATIONALE ENTWICKLUNG

Al Hamischmar klammert sich an die Worte Gromykos, dass Russland an Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Israel denkt, wenn wesentliche Fortschritte in den Friedensbemühungen im Nahen Osten festzustellen sind. Diese Worte sollten von uns nicht gering geschätzt werden, nur ist die Reihenfolge der politischen Aktion umgekehrt: zuerst sollten die Russen die diplomatischen Beziehungen zu Israel aufnehmen und dieser Schritt würde sehr zur Besserung der gesamten Situation im Nahen Osten beitragen.

Dawar weist auf die Beratung mit den grossen Staaten hin, die Dr. Kissinger in der Erdölfrage einberuft. Selten hat sich die westliche Welt einer solchen Krise gegenüber gesehen und nunmehr können die Industrie-Staaten einer Entscheidung nicht mehr ausweichen.

Jerusalem Post geht auf die Krise in der Befreiungsorganisation für Palästina ein. Das Ausscheiden der Gruppe von Dr. Habasch zeigt, dass das Lager der Palästinenser uneinig ist und dass von dieser Gesamtorganisation keine Wirkung ausgehen kann.

Omer geht auf Aeusserungen Sadats in der letzten Zeit ein. Sadat versteht es die Welt irre zu führen, sich selbst als gemässigt und Israel als radikal zu bezeichnen. Israel sollte nach seiner Meinung so gemässigt sein, dass man seine Existenz überhaupt nicht mehr spürt.

DER BEITRITT DER RNP ZUR REGIERUNG

Hazofe erklärt, es wäre leicht, eine Einigung mit der RNP zu erreichen, wenn die Regierung sich vom Diktat kleiner Gruppen befreien könnte. Wohlüberlegte Verhandlungen, die das Wesentliche in den Vordergrund stellen, können uns dem erwünschten Ziel näherbringen.

Schearim ist der Meinung, dass Rabin nur die Wahl geblieben ist, eine nationale Einheitsregierung zu bilden. Nur so können Israel und Erez Israel von dem Schicksal gerettet werden, das die Unabhängigen Liberalen und die Mapam dem Lande zugedacht haben.

Hamodia reagiert erbittert auf den Vorschlag des Touristikministers Kol, die Scheidewand zu beseitigen, die Männer und Frauen an der Klagemauer trennt. Das Blatt bezeichnet den Vorschlag als Provokation. Wie wird das Bild dieses heiligen Platzes aussehen, wenn man Scheidewände beseitigt, die von den Grossen in unserer Geschichte errichtet wurden.

VOTRAEGE VON FUNKTIONAEREN

Haarez äussert seine Zweifel am Bericht des Knessetausschusses, der verbieten will, dass Beamte im Ausland Geld für Vorträge erhalten. Der eigentliche Anlass für die Untersuchung durch den Ausschuss war die Bezahlung, die Rabin während seiner Amtszeit als Botschafter erhalten hatte. Diese Tatsache hat die Ernennung Rabins zum Ministerpräsidenten nicht beeinflussen können. Weder die Knessetabgeordneten noch die Mehrheit der Bevölkerung sah in der Angelegenheit einen Anlass, das Aufrücken Rabins in die Regierung zu stören. Heute, nachdem er unangefochten als Ministerpräsident amtiert, besteht erst recht kein Anlass, sich weiter mit dieser Frage zu beschäftigen.

Jugend in Not bedarf grosszügiger Förderung

(RH) — Der Ministerausschuss unter Vorsitz des Ministers Schlomo Hillel hat trotz aller erforderlichen Budgeteinschränkungen das Programm zur pädagogischen Betreuung der Jugend in Not bestätigt und hierfür auch die Zustimmung des Finanzministers erhalten. Im Rahmen dieses Programms werden 140 Millionen IL zur Verfügung stehen, und zwar etwa 20 Millionen IL in diesem Schuljahr und die übrigen 120 Millionen IL im nächsten Schuljahr, auf zwei Stadien aufgeteilt.

Das Erziehungsprogramm kommt etwa 50 000 Jugendlichen zugute, vor allem Kindern im vorschulpflichtigen Alter, 12—16jährigen Jugendlichen in unterdurchschnittlichen Lebensbedingungen, Jugendlichen im militärdienstpflichtigen Alter — fast allen Jugendlichen in 21 Entwicklungsorten.

MEHR KINDERGÄRTEN

Es ist eine Tatsache, dass die grosse Mehrzahl der Drei- bis Vierjährigen in den Entwicklungsstädten einen Kindergarten besuchen. Wie die Statistik ausweist, befinden sich aber 17 000 Kinder aus kinderreichen und ausbildungsmässig schwächeren Familien stets in der Obhut ihrer Eltern. Gerade für diese Kinder wäre aber die Aufnahme in einen Kindergarten des Vorpflichtalters erforderlich — und das bedeutet: 500 neue Kindergartenklassen bauen, die Ausbildung der Kindergärtnerinnen vervollständigen, damit sie sich erfolgreicher den Kindern widmen können, d. einer besonderen Pflege bedürfen, ausserdem Hilfskräfte ausbilden, die den Kindergärtnerinnen zur Seite stehen.

ANGLEICHUNG DES ERZIEHUNGSNIVEAUS

Als besonders beunruhigende Tatsache muss gelten, dass fast 20.000 israelische Jugendliche im Alter von 14—16 Jahren weder lernen noch arbeiten, etwa 5 000, die die 9. Klasse besuchen sollten (10% der Jugendlichen dieses Alters) und etwa 15 000, die die 10. Klasse besuchen sollten (30% der Jugendlichen dieses Alters).

Aber auch unter den Schülern, die diese beiden Klassen besuchen, befinden sich viele, die nicht jenes Erziehungsniveau erreichen können, das für diese Klassen als Norm gelten muss. Die Erzieher sehen eine Lösung dieses Problems keinesfalls darin, dass etwa niedrigere Erziehungsziele gesteckt werden sollten, sondern suchen nach Wegen, das Niveau der weniger begabten Schüler auf die geltenden Normen zu heben. Ein Programm in dieser Richtung besteht darin, etwa 10 000 Schüler mit geringeren Kenntnissen in kleinen Lerneinheiten einem besonders intensiven und individuellen Unterrichtsbetrieb einzugliedern.

Es soll auf diese Weise erreicht werden, dass jedem Schüler der Weg zum Hochschulstudium offenstehen kann. Noch vor wenigen Jahren war festzustellen, dass nur etwa 13% der Studenten an den israelischen Universitäten aus Familien stammen, die aus orientalischen Län[dern] eingewandert sind. Es wur[den] daher besondere Vorberei[tungs]kurse zum Universitätsstu[dium] für Jugendliche aus dieser Bevölkerungsschicht eingerichtet. Bis jetzt konnten jährlich nur höchstens 2 000 Schüler an diesen Kursen teilnehmen; nach dem neuen Förderungsprogramm sollen innerhalb von drei Jahren 3 000 solcher Studienplätze in den Vorbereitungskursen, hauptsächlich unter Internatsbedingungen, geschaffen werden.

ENTWICKLUNGSORTE SIND KINDERREICH

Dass dieses Förderungspro[gramm] vor allem den Entwick[lungsorten] zugute kommen sol[l,] findet seine Begründung dari[n,] dass diese Ortsverwaltunge[n] schon deshalb nicht alle Vorh[a]ben von sich aus finanziere[n] können, weil dort die Mehrza[hl] der kinderreichen Familie[n] wohnt. Von den 175 000 Be[]wohnern der 21 Entwicklung[s]orte, die in das Programm ei[n]begriffen sind, ist die Hälfte jü[n]ger als 19 Jahre.

In ganz Israel leben 40% a[l]ler Kinder in Familien mit sec[hs] und mehr Mitgliedern. Di[e] statistische Zahl mag über[ra]schen, doch muss berücksicht[igt] werden, dass alle vier Kin[der] einer sechsköpfigen Familie h[ier] als Mitglieder einer kinderr[ei]chen Familie gezählt word[en] sind. Tatsache bleibt, dass 70[%] dieser Jugendlichen aus kinde[r]reichen Familien in den Entwic[k]lungsorten wohnen. Während [im] Landesdurchschnitt etwa 6[%] der Kinder in Familien mit me[hr] als zehn Mitgliedern leben, wac[h]sen in den Entwicklungsort[en] 17% der Kinder in solchen F[a]milien auf.

ERWEITERTE SOZIALDIENSTE

Hand in Hand mit der päd[a]gogischen Betreuung muss d[ie] soziale Betreuung dieser kinde[r]reichen Familien gehen. Sozia[le] Betreuung erfordern vor alle[m] jene Familien, die sich ihren L[e]bensunterhalt durch weniger g[ut] bezahlte Handarbeit verdiene[n] müssen. Wegen ihres niedriger[en] Ausbildungsniveaus müssen si[ch] fast alle Familien, die aus orie[n]talischen Ländern eingewande[rt] sind, durch solche Arbeit ernä[h]ren. Während aber der Ant[eil] dieser Bevölkerungsschicht [im] Landesdurchschnitt etwa 47[%] beträgt, steigt er in den Entwic[k]lungsorten auf 80% und ni[cht] selten auf 100%. Fast die Häl[f]te der Bewohner der Entwic[k]lungsorte sind auf ständige o[der] zumindest vorübergehende S[o]zialhilfe angewiesen.

Bereits in den Kindergär[ten] dieser Orte bedürfen weit[aus] mehr Kinder als im Land[es]durchschnitt einer Sozialbeihil[fe.] Dieser Anteil nimmt zu, je äl[ter] die Kinder und dementsprech[end] älter und arbeitsunfähiger a[uch] deren Eltern werden. Jeder ne[ue] Familienzuwachs begrenzt [die] Verdienstmöglichkeiten der M[ut]ter und auch oft des Vaters, [die] sich mehr und mehr ihren K[in]dern widmen müssen.

Besonders in den Entwic[k]lungsorten liegt ein grosser T[eil] der Sozialbetreuung in den H[än]den der Lehrer. Es liegt in [der] Absicht des Erziehungsminis[te]riums, diesen Lehrkräften [im] Rahmen von Fortbildungskurs[en] besondere Fachkenntnisse [zu] vermitteln, die ihnen die Arb[eit] mit diesen Kindern aus Fam[i]lien, die einer Sozialhilfe bed[ür]fen, erleichtern kann.

Der Weg zum Universitätsstudium soll allen offenstehen

Grosser Andrang zum Medizinstudium

Die Medizinische Fakultät der Universität Tel Aviv steht vor einem schwierigen Problem: Nicht alle Kriegsteilnehmer, die Anspruch auf bevorzugte Aufnahme haben, können das neue Studienjahr beginnen — die Plätze reichen nicht.

Aufgrund einer Sonderregelung sollten alle Medizinstudenten, die ihr Studium bereits im Ausland — fast ausschliesslich in Italien — begonnen hatten und bei Ausbruch des Jom Kippur-Krieges nach Israel zurückkehrten und sich hier den Kampfeinheiten anschlossen, in das neue Studienjahr aufgenommen werden. Der Aufnahmekommission, die über jeden einzelnen Fall zu entscheiden hat, waren bis zum Tage ihrer ersten Sitzung im Dezember 1973 bereits 287 Anträge eingereicht worden. Nur 96 konnten bestätigt werden.

Die Gesamtzahl der Studienplätze an der Medizinischen Fakultät der Universität Tel Aviv beträgt in den ersten drei Studienjahren 80 und erst für das vierte Studienjahr können 40 bis 45 weitere Bewerber aufgenommen werden. Viele Kandidaten stellten zwar zur gleichen Zeit Aufnahmeanträge bei den Universitäten in Jerusalem und in Haifa, aber auch dort ist die Zahl der Studienplätze begrenzt, sogar noch mehr als in Tel-Aviv. Nur in wenigen Fällen besteht die Möglichkeit einer Wiederaufnahme des Studiums in Italien.

Die Erregung jener Studenten, denen jetzt nach langer Militärdienstzeit die Aufnahme verweigert wurde, ist recht heftig. Der Verteidigungsminister und der Erziehungsminister erhielten scharfe Briefe, in denen die Rücksendung der Reservistenbücher, also eine Verweigerung nochmaligen Militärdienstes, sowie ein Hungerstreik zur Erwirkung der Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit angedroht sind. Besonders verbittert diese Studenten, dass gewissen Gerüchten zufolge die Aufnahmekommission nicht ganz objektiv Masstäbe hatte gelten lassen. Zumindest vier Kandidaten hätten nach Meinung der Abgewiesenen keinen Anspruch auf Förderung im Rahmen der Sonderregelung gehabt.

Die Aufnahmekommission versichert, dass sie keinen der Kandidaten in irgendeiner Weise bevorzugt hat. Nicht nur die freiwillige Kriegsteilnahme wurde berücksichtigt, sondern auch die Ergebnisse des bisherigen Studiengangs galten als Kriterium. Die abgewiesenen Bewerber haben sich mit dieser Erklärung noch nicht zufriedengegeben und fordern Nachprüfung jedes einzelnen Falles durch ihre Studentenvertreter.

Neue Industriebetriebe in Mizpe Ramon



Der internationale Industrielle William E. Robinson, Inhaber von Brauereien und anderen Industriebetrieben in Israel, empfing aus der Hand des Kommissionsvorsitzenden Elijahu Schapira die Urkunde, die ihn als „Freund von Mizpe Ramon" auszeichnet.

Dieser Industrielle hatte sich schon seit vielen Jahren um die Förderung dieses Entwicklungsortes im Negew verdient gemacht. Jetzt will er zwei weitere Werke in Mizpe Ramon errichten, eines für die Herstellung von Plastikbehältern und eines für die Herstellung von Flaschenverschlüssen, und an die Planung eines dritten Industriebetriebes denken, wenn die Regierung eine Absatzförderung garantiert.

Die beiden neuen Betriebe werden 40 Arbeitnehmer aus diesem Ort beschäftigen, denen eine Gewinnbeteiligung zugesagt ist.

Zudem stellte der Industrielle höhere Summen für die sozialen Bedürfnisse von Mizpe Ramon zur Verfügung, so einen Fonds in Höhe von 30.000 IL für die Anschaffung von Einrichtungen für die Poliklinik und weitere Spenden für einen Pensionsfonds.

Wohnungsverkauf geht zurueck — aber Mietwohnungen sind wenig gefragt

Neuntausend leere und unverkaufte Wohnungen standen in Israel in der Sommermitte zur Verfügung. Zur selben Zeit des Vorjahres waren es einhundert mehr, das heisst, die Situation ist fast gleich geblieben. Die Wohnungspreise allerdings liegen zwischen 20 und 100 Prozent — je nach Grösse und Qualität der Wohnung — über den Preisen vom Vorjahre. Hierbei handelt es sich ausschliesslich um Eigentumswohnungen.

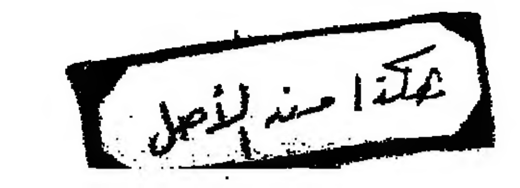
Die von Banken und Baugesellschaften gewährten Hypotheken können zur Zeit 60% des Preises betragen, die Zinsen sind jedoch hoch, da die Bindung an den Lebenshaltungsindex zur Zeit nicht durchgeführt wird. Während in den ersten Monaten dieses Jahres Wohnungen in Israel schnell und in ziemlichen Mengen verkauft worden waren, ist dieses Geschäft in den letzten Wochen stark zurückgegangen und die Bauunternehmer fürchten für ihre Investition.

Neuerdings hat man auch in Israel begonnen, Mietwohnungen zu errichten. Allerdings liegt hier die Miete auf internationalem Standard — eine anständige moderne Dreizimmerwohnung kostet zwischen 500 und 700 IL Miete monatlich — aber der durchschnittliche Verdiener in Israel ist keineswegs imstande, mindestens 50% seines Nettolohnes für Miete einzusetzen. Aus diesem Grunde ist die Frage der reinen Mietwohnungen nach wie vor in Israel recht problematisch. Der Durchschnittsisraeli kauft lieber eine Wohnung, die er mit 500 IL im Monat abzahlt — auch wenn das die nächsten 30 Jahre in Anspruch nimmt.

Israel exportiert Trockenfruechte fuer eine Million Dollar

Trockenfrüchte im Gesamtwerte von einer Million Dollar will Israel in diesem Jahre exportieren. Bisher sind bereits über die Hälfte dieser Summe erreicht. Zur Zeit gehen zahlreiche Bestellungen aus Europa ein, vor allem für getrocknete Datteln aus dem Jordantal, die bis vor Weihnachten nach Westeuropa gehen sollen. Allerdings sind es nicht nur getrocknete Datteln, die ausgeführt werden. Soeben sind dreihundert Tonnen frischer Datteln auf die europäischen Märkte gegangen.

Blumen und Gemüse werden zur Zeit weniger geliefert, da Europa im Sommer über dieses selbst verfügt, aber es ist wohl damit zu rechnen, dass ab Mitte Oktober die grosse Ausfuhr dieser Produkte aus Israel wieder einsetzen wird.



Der Staat will sparen – aber viele Anzeichen sprechen gegen diese Absicht

Von E. JACOB

...Rahmen der Sparmassnah- ...der Regierung hat das Be- ...kommissariat festgelegt, ...is zum Ende des Budged- ...also bis März 1974 ...euen Beamten eingestellt ...dürfen. Endlich soll die ...ngefähr 20 Jahren erstreb- ...frierung der Beamtenzahl ...tsache werden. Ausgenom- ...sind nur bestimmte Son- ...e, z.B. Einstellung zu- ...hen Personals für Kran- ...ser, Gefängnisse, den Te- ...ienst, die Gerichte und an- ...benswichtige Institutionen.

...rhalb der Regierung wur- ...allen Ministerien beson- ...ruppen von Beamten ein- ...die Vorschläge für die ...rung machen und das ...zur Durchführung fin- ...llen. Entsprechend unse- ...umständichen Verfahren ...s natürlich auch einen ...n Ausschuss von General- ...ren, bei denen Proteste ...gt werden können, und ...ch als letzte Instanz zu ...hat. Bei allem fragt ...ob die geplante Einfrie- ...iberhaupt zureichend ist ...b der Staatsapparat nicht ...weitgehenderen Sparmass- ...n übergehen sollte. Nach ...Pressemeldung sind in der ...hrtindustrie heute 15.000 ...ellte tätig, wobei Kritiker ...pten, dass 5000 von ihnen ...ssig sind. Der Knesset- ...rdnete Adi Amorai hatte ...arüber empört, dass in un- ...Television 150 Personen ...ftigt werden, während 30 ...nagere Programm ohne ...rigkeiten bewältigen könn- ...ter nach jeder mehr oder ...r wichtigen Sendung die ...Reihe von Personen liest, ...r alle möglichen Funktio- ...erangezogen wurden, der ...sich auch, ob dieser Per- ...ufwand für so kleine Sen- ...n und eine finanziell not- ...le Television erforderlich

...gibt noch weitere Beispiele ...getarnter Arbeitslosigkeit" ...Verschwendung im öffent- ...Apparat. Der Chef der ...Cholim Jadlin hat selbst ...t, dass die 1200 Angestell- ...er Laboratorien der Ku- ...holim eine Bevölkerung ...echs Millionen versorgen ...n und nicht nur die 2,2 ...nen, die heute der Kasse ...hlossen sind. Die zahlen- ...en Konsequenzen aus die- ...ststellung lassen sich leicht ...n. Im Hafen von Haifa ...n bei bestimmten Arbeiten

Gruppen von 20 Arbeitern eingesetzt, obwohl nach Einführung der modernen Maschinen nur noch vier notwendig wären. Leitende Beamte des Finanzministeriums haben selbst zugegeben, dass es in ihrem Bereich „Doppelarbeit" gibt und dass es nicht zu rechtfertigen sei, dass besondere Einziehungsabteilungen für Steuern und für die Gelder des Bituach Leumi bestehen. Bereits vor über eineinhalb Jahren wurde beschlossen, die beiden Abteilungen zu vereinigen, aber bis zum heutigen Tage ist diese Fusion an kleinlichen Verwaltungswiderständen gescheitert.

Zu der Verschwendung innerhalb des Apparates (wegen unzweckmässiger Organisation) kommen noch sinnlose Ausgaben für Repräsentation. Empfänge und Reisen hinzu. Aber die Verschwendungssucht für Reisen auf Kosten des Steuerzahlers scheint eine internationale Krankheit zu sein. Wir lesen z.B., dass nicht weniger als 350 deutsche Kommunalpolitiker mit ihren Ehefrauen zum Europäischen Gemeindetag nach Nizza reisten und dass die Kosten dafür fast 1.1 Millionen DM betrugen. 15 Kölner Stadtverordnete mussten Reisen um die Welt unternehmen und gaben dafür 110.000 DM aus öffentlichen Mitteln aus. Der „Bund der Steuerzahler" im reichen Deutschland regt sich darüber nach Kräften auf und versucht Massnahmen gegen diese Art von Vergeudung von Mitteln zu ergreifen.

Bei uns gibt es eine ähnliche Erbitterung, aber die leidende Bevölkerung hat es bis zum heutigen Tage nicht verstanden, für ihre Kritik sich die nötigen organisatorischen Mittel zu verschaffen. Weder gibt es einen gut funktionierenden Apparat für Konsumentenschutz, noch hat sich ein Bund der Steuerzahler gefunden, der alle Missgriffe in der Verwaltung und die Verschwendung öffentlicher Mittel anprangert. In Bnej Brak muss aus Traditionsgründen fast ein Dutzend von Vize-Bürgermeistern beschäftigt werden — die Einwohner der Stadt, das Innenministerium und die übrigen Bürger unseres Lande nehmen das mit bewundernswerter Geduld hin.

Wir sagten am Anfang, dass unsere Regierung heute vom Sparen und vom Willen zur Einschränkung spricht. Unter diesen Umständen ist es eine ausgesprochen unglückliche Handlung, dass das Finanzministerium sich von der Regierung ein Zusatzbudget von 1.8 Milliarden IL bestätigen liess.

Offiziell wird der Zusatz nur benutzt, um Ausgaben gesetzlich zu verankern, die Folge der neuen Wirtschaftspolitik sind. Das gleiche Ziel hätte das Finanzministerium jedoch erreichen können, wenn es zum Kabinett gekommen und empfohlen hätte, dass verschiedene Posten umgestellt und dass die Einnahmen durch zusätzliche Abgaben erhöht werden müssen.

Der schlechte Eindruck eines Zusatzbudgets hätte vermieden werden können, und nicht ohne Grund haben acht Minister innerhalb des Kabinetts gegen diesen neuen Etat gestimmt, wobei sie ausdrücklich bemerkten, dass damit die „Versprechungen der Regierung Lügen gestraft und ihre Glaubwürdigkeit in Frage gestellt wird." Hier wurde ein schwerer Fehler begangen, der alle Reden über Einsparungen zur Illusion werden lässt.

Die Minister, die einmal mit der „getarnten Arbeitslosigkeit" in unserem öffentlichen Apparat *aufräumen, fehlen uns noch.* Sie werden wohl erst erscheinen, wenn auch innerhalb der Bevölkerung eine entsprechende Selbstwehrbewegung sich bemerkbar machen wird.

Erstaunen ueber Milchpulvereinkauf

Erstaunen hat, im Lande selbst, aber auch in einschlägigen Fachkreisen des Auslandes, die Tatsache erregt, dass Israel achttausend Tonnen Milchpulver bestellt hat, um bis zum Jahresende den israelischen Milchbedarf garantiert zu haben.

Schliesslich verfügt Israel über genug Milch, wenn rationell gearbeitet wird und die Bestellung im Auslande hat in der Öffentlichkeit grosses Interesse erweckt. Hierbei sind Beobachter der Ansicht, es handele sich um die veralteten und völlig unzeitgerechten Verteilungsmethoden der Milch, die dazu führen, dass es zu einer augenscheinlichen Knappheit kommt, und nicht die Tatsache, dass die im Lande erzeugte Milchmenge im Grunde nicht ausreicht.

Diese Kreise meinen, dass, würde man dazu gelangen, Aufkauf- und Verteilungsmethoden, die vor einem halben Jahrhundert, als die jüdische Landwirtschaft im Lande ein Bruchteil dessen war, was sie heute ist, abzuschaffen und zu den heute üblichen Methoden überzugehen, keine Notwendigkeit für Käufe im Ausland bestände.

Zitruswirtschaft setzt grosse Hoffnungen auf Japan

Die Lieferungen von Grapefruits nach Japan werden in dieser Saison erheblich zunehmen. Die israelische Zitruswirtschaft ist der Auffassung, dass sich die israelischen Früchte in Japan gut eingeführt haben, und dass der Export nach Japan weiter zunehmen kann. Mit Hilfe dieses Kunden kann das Problem der neunehmenden Ernten aus neuen Pardessim weitgehend seine Lösung finden.

Wie schon kurz gemeldet, wird Rumänien in der neuen Zitrussaison fünf Millionen Kisten israelischer Zitrusfrüchte abnehmen, davon 1,3 Millionen Kisten Schamuti u. grosse Quanten anderer Früchte. Ueber ein weiteres Geschäft mit Rumänien und eine ähnliche Transaktion mit einem anderen europäischen Staat wird verhandelt. Fachkreise rechnen mit einer Ausfuhr von insgesamt 48 Millionen Kisten.

Für die Lieferung von Früchten an die Industrie wurde ein Abkommen erzielt, das in allgemeinen Linien vorsieht, dass die Landwirte 175 IL pro Tonne erhalten sollen, davon werden 120 IL direkt von der Industrie gezahlt werden, 29 IL als Unterstützung der Regierung und der Rest aus einem gemeinsamen Fonds der Pflanzer und der Industrie.

Hinter den Kulissen

Während Ministerpräsident Rabin, Pinchas Sapir und Golda Meir reichlich Zeit fanden, sich zu Rosch Haschana in Interviews zu äussern (Golda Meir gab nicht weniger als drei Zeitungs-Interviews und antwortete ausserdem ausführlich im Rundfunk auf Fragen), hatte Mosche Dayan für diesen „Sport" keine Zeit. Dayan ist unter starkem Druck seiner Verleger und muss sich mit der schleunigen Abfassung seiner Memoiren befassen. Im Moment bearbeitet er den Teil, der den Jom Kippur-Krieg behandelt.

★

Eine originelle Lösung für seine persönlichen Probleme hat d. neue Landwirtschaftsminister Usan gefunden, der ein Mitglied des Moschaw Gilat ist. Wenn ein Kibbuzmitglied Minister oder Beamter wird, so wird er einfach von seinem Kibbuz „freigemacht". Wie geht jedoch ein „Moschawnik" vor, der doch seine Wirtschaft bearbeiten muss? Dafür hat Usan folgendes Patent gefunden: seine Wirtschaft wird in Gemeinschaft mit einem Partner, der ebenfalls über einen landwirtschaftlichen Betrieb (Meschek) verfügt, bearbeitet. In die Partnerschaft geht auch das Ministergehalt als Einnahme hinein und nach der Aussage von Usan verstehen sich beide ausgezeichnet. Am Wohenende kennt Usan nur eine Beschäftigung, nämlich Arbeit in seinem Meschek.

★

Dem Ministerpräsidenten Rabin wird folgende Geschichte zugeschrieben: angeblich wurde er gefragt, warum d. Männer unserer Regierung den amerikanischen Aussenminister Dr. Kissinger so positiv beurteilen, während die Presse in Israel oft über Kissinger herfällt und ihm Vorwürfe macht. Rabin soll geantwortet haben: „Erstens müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass Kissinger Aussenminister der USA ist und das tut, was nach seinen Meinungen gut für die Vereinigten Staaten ist. Zweitens: ich habe mit drei Aussenministern in meiner Botschafter- und Regierungstätigkeit zu tun gehabt, *mit Dean Rusk,* William Rogers und Henry Kissinger, und ich ziehe Kissinger bei weitem vor."

Golda Meir erzählte in einem ihrer Freitagsinterviews (was eigentlich zum Teil bekannt war), dass Israel 1949 auch Russland um eine Aufbauanleihe gebeten hatte. Damals hatten sie und Mordechai Namir den damaligen russischen Aussenminister Wischinski besucht und ihm berichtet, dass Israel eine Anleihe von 100 Millionen Dollar von den USA bekommen habe. Diese Anleihe sei jedoch mit keinerlei politischen Verpflichtungen verbunden, und Israel möchte gern neutral und unabhängig bleiben. Daher bitte es auch die UdSSR um eine Anleihe zum Aufbau des neuen Staates. Wischinski war sehr interessiert und schrieb alle Angaben und Darlegungen eifrig mit .. nur wurde von der Regierung der UdSSR nie eine Antwort erteilt.

★

Die Mapam fühlt sich trotz der negativen Beschlüsse der Kairoer Konferenz (Ägypten, Syrien und PLO) durch die letzte Entwicklung gerechtfertigt. Sie glaubt, dass ihr Friedensprogramm, das weitgehende Verzichte vorsieht, besonders „realistisch" ist, und das Parteiorgan „Al Hamischmar" betonte mit besonderem Nachdruck den Satz im Interview Rabins, in dem er erklärt hatte:„ Für Frieden bin ich zu territorialen Konzessionen und zwar sogar zu weitgehenden Verzichten bereit".

★

Innerhalb des Maarach wird bittere Klage darüber geführt, dass die gemeinsamen Institutionen des Maarach, an denen auch die Mapam beteiligt ist, völlig lahmgelegt sind. Es gibt wohl Sitzungen der IAP und der Mapam, aber die gemeinsamen Ausschüsse des Maarach, sowohl für Aussenpolitik als auch für Wirtschaft, funktionieren überhaupt nicht.

★

In der letzten Zeit fanden mehrfach Beratungen zwischen den Unabhängigen Liberalen, der Bürgerrechtsbewegung und der von Professor Rubinstein geführten Gruppe „Schinui" (Änderung) über die Bildung eines neuen liberalen Zentrums statt. Die Aussichten dieses Projektes werden jedoch nicht sehr hoch eingeschätzt, da wichtige Führer der UL trotz allem lieber in der Regierung bleiben möchten.



VERSICHERUNGSVERBAND WILL „SCHWARZE LISTE" VERÖFFENTLICHEN

Der Verband der Versicherungsgesellschaften will eine „schwarze Liste" von Unternehmungen veröffentlichen, bei denen, nicht die genügende Sicherheit für den Ausbruch von Bränden gegeben ist.

Der Verband will diese Liste alle drei Monate ergänzen und diejenigen Betriebe aufführen, in denen die erforderlichen Sicherheitsvorschriftn nicht in ausreichendem Masse beachtet wurden. In der ersten Liste sind 400 Betriebe aufgeführt, von denen ein Teil als „gefährlich" und ein anderer als „sehr gefährlich" bezeichnet wird. In der Liste werden neben privaten Unternehmungen auch Krankenhäuser, Stationen von Egged, Hotels und andere Institutionen genannt.

BEFUERCHTUNGEN UEBER DIE BEZIEHUNGEN ZUR WELTBANK

Israels Vertreter fürchten, dass die Weltbank erneut Israel aus dem Kreis der Entwicklungsländer ausgliedern und dem jüdischen Staate weitere Anleihen verweigern wird.

Im Moment liegt ein israelisches Gesuch auf Gewährung einer grösseren Anleihe für die Landwirtschaft vor, das mit der Notwendigkeit schnellster Entwicklung auf diesem Gebiete begründet wird. Israelische Regierungskreise fürchten, dass die Weltbank ihre negative Haltung zwar mit wirtschaftlichen Erwägungen begründen wird, dass jedoch in Wirklichkeit der politische Druck der Araber und die wachsende Abhängigkeit von den Mitteln der Oelstaaten hinter dieser Stellungnahme stehen wird.

Geruechte um Tschou En-lai

Wie krank ist Chinas zweiter Mann?

Regelmässig taucht in der Weltpresse die Meldung vom bevorstehenden Tod des greisen chinesischen Politikers Mao Tse-tung auf. Ebenso regelmässig erscheint dieser alte Mann dann eines Tages auf einem Foto mit irgendeinem prominenten ausländischen Gast und straft die Todesnachrichten Lügen. Doch neben diesen Krankheitsspekulationen, die meist aus der Küche von sogenannten Beobachtern in Hongkong stammen, sind in der neuesten Zeit auch solche um den zweiten Mann in China Tschou En-lai aufgetaucht. Wenn diese Nachrichten auch nach wie vor widersprüchlich sind, so sieht doch zweierlei fest. Erstens ist Tschou tatsächlich krank und sicher ist zudem, dass Tschou, nachdem er bereits im Juni ein Krankenhaus in Peking aufsuchen musste, aus dem er Ende Juli wieder entlassen wurde, sich jetzt wieder in einem Krankenhaus befindet. Offiziell lässt die chinesische Propaganda über den Krankheitsfall nichts verlauten. Nur im Gespräch mit ausländischen Besuchern weisen hohe chinesische Funktionäre darauf hin, dass Tschou En-lai immer noch krank sei. Der Mangel an konkreten und genauen Informationen lässt zwangsläufig eine Flut von Spekulationen aufkommen. Die Schlüsselstellung, die Tschou En-lai in der chinesischen Politik einnimmt, führt gleichzeitig zu Mutmassungen über die Frage, wie es in Peking weitergehen wird, wenn der chinesische Ministerpräsident gezwungen sein sollte, von der politischen Bühne abzutreten.

Blick über die Grenzen

Wahrscheinlich leidet Tschou En-lai seit Mai oder Anfang Juni dieses Jahres an einer Herzinsuffizienz. Anfang Juni schien sich sein Gesundheitszustand wieder so weit gebessert zu haben, dass er den amerikanischen Senator Henry Jackson im Krankenhaus empfangen konnte: Ein Foto von Jacksons Besuch an Tschou En-lais Krankenlager erschien in der chinesischen Presse und war ein erster offizieller Hinweis an die Adresse der chinesischen Oeffentlichkeit. Bald darauf konnte Tschou das Krankenhaus wieder verlassen. Am 31. Juli ging es ihm offensichtlich wieder so gut, dass er an einem Empfang in der Grossen Halle des Volkes in Peking anlässlich des Tages der Armee teilnehmen konnte. Dies war das letzte Mal, dass er in der Oeffentlichkeit gesehen wurde.

Offensichtlich hat Tschou En-lai irgendwann im August einen Rückschlag erlitten. Dem Leiter einer amerikanischen Besuchergruppe von Kongressabgeordneten, Senator Fulbright, wurde von chinesischen Funktionären Anfang September mitgeteilt, Tschou En-lai befinde sich wieder in einem Krankenhaus. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Tschou empfing keine Staatsbesucher mehr, wie dies bis dahin immer der Fall gewesen war. Die letzten Informationen über seinen Gesundheitszustand machte der nigerianische Staatspräsident Gowon nach Beendigung einer Chinareise. Gowon behauptete, chinesische Funktionäre hätten ihm mitgeteilt, Tschou En-lai habe sich einer Operation unterziehen müssen und befinde sich auf dem Wege der Besserung. Um welchen chirurgischen Eingriff es sich gehandelt hat, darüber wusste Gowon allerdings nichts zu berichten.



Tschou En-lai
Seine Krankheit bringt Unsicherheit in Chinas Aussenpolitik

Diese Erklärungen des nigerianischen Staatspräsidenten haben neue Verwirrungen ausgelöst. Hatte man bis dahin vermutet, Tschou habe ein Herzleiden, ist nach diesen jüngsten Mitteilungen nicht auszuschliessen, dass der chinesische Ministerpräsident an einer anderen Krankheit leidet. In Peking sind Gerüchte im Umlauf, wonach es sich um Krebs handelt.

Auf jeden Fall hat es den Anschein, dass Tschou En-lai vorerst nicht imstande sein wird, die Amtsgeschäfte wiederaufzunehmen. In den letzten Wochen und Monaten hatten ihn die beiden stellvertretenden Ministerpräsidenten Teng Hsiao-ping und Li Hsienien im Wechsel vertreten. Der Ausfall von Tschou En-lai scheint sich insbesondere auf aussenpolitischem Gebiet nicht günstig auszuwirken. Während der Zypern-Krise gab Peking eine klägliche Figur ab und war in der Schlussphase überhaupt nicht mehr präsent. Auch in den chinesisch-amerikanischen Beziehungen, die Tschou mit Elan voranzutreiben sich bemüht hatte, scheint eine Stagnation eingetreten zu sein. Die sichere Lenkung der chinesischen Aussenpolitik, die noch bis vor kurzem bei dem Altmeister Tschou En-lai in guten Händen war, scheint in Frage gestellt.

Schon jetzt taucht die Frage auf, was geschieht, wenn Tschou En-lai nicht mehr das Amt eines Regierungschefs ausüben kann. Mutmassungen in Peking gehen dahin, dass eine Art von kollektiver Führung vorgesehen sein könnte, wobei der frühere Generalsekretär der Partei und heutige stellvertretende Ministerpräsident Teng Hsiao-ping der Primus inter pares sein würde.

Japans Terroristen arbeiten von Europa aus

In Japan wurde soeben der Prozess gegen jene Mitglieder der „Roten Armee" wieder aufgenommen, die des brutalen Mordes an 13 ihrer Gesinnungsgenossen angeklagt sind. Der Fund der zum Teil grausam zerfleischten Leichen hatte vor zwei Jahren einen Schrei der Empörung unter Japans Bevölkerung ausgelöst. Nicht nur dieser Prozess zeigt, dass Japans Regierung und Ordnungskräfte mit allen Mitteln versuchen, die Aktivitäten der „Roten Armee"-Terroristen nicht nur einzudämmen, sondern gar ganz zu unterbinden.

Doch immer wieder wird die Welt aufgeschreckt durch Meldungen über neue Untaten dieser Fanatiker, wenn auch die japanische Polizie erklärt, dass sie insofern erfolgreich gewesen sei, dass die „Sekigunha", die „Rote Armee", nicht nur oft totgesagt wurde, sondern tatsächlich der eigentliche Kern zerstört worden ist. Doch die Organisation hat inzwischen Verstärkung, oder genauer gesagt Ableger bekommen. Die Geiselnahme in der französischen Botschaft von Den Haag ist nach den vorliegenden Indizien nicht das direkte Werk der eigentlichen Sekigunha. Das geht unter anderem auch aus der auffallend distanzierten Haltung des in Frankreich inhaftierten Yutaka Furuya hervor, dessen Befreiung die Aktion galt und den die französische Polizei auf Wunsch der Extremisten nach Holland überstellte.

Vielmehr scheinen die Täter von Den Haag zu einer neuen Hilfstruppe der im europäischen Exil operierenden Rotarmisten zu gehören, die sich „Gruppe Europa" nennt und eng mit dem Kern der noch in Beirut stationierten Sekigunha zusammenarbeitet. Der Anschlag auf die französische Botschaft wird in Tokio nicht als Bestandteil des ideologischen Grundkonzepts der Sekigunha, eine Weltrevolution herbeizuführen, gewertet, sondern als Vergeltungsschlag für die jüngste Aktivität der Pariser Polizei, die rund dreissig radikalextremistischer Absichten verdächtiger Japaner abgeschoben und rund hundert vernommen beziehungsweise verhaftet hat. Paris sollte ein neues Zentrum der Sekigunha und ihrer Hilfstruppen werden. Auf das Konto ersterer ging in den letzten zwei Jahren das Massaker von Lod am 30. Mai 1972, die Entführung einer Japan-Airlines-Maschine von Holland nach Libyen am 20. Juli 1973, die mit der Sprengung der Maschine endete, und der misslungene Sprengstoffanschlag auf eine Oelraffinerie in Singapur im vergangenen Januar, der in einer Geiselnahme in der japanischen Botschaft von Kuwait regultierte.

Diese letzte Aktion war es, die in ihrer dilettantischen Ausführung die Japaner mit ihren Mentoren unter den radikalen Gruppierungen der palästinensischen Befreiungsfront uneins werden liess. Die Ablehnung der Araber, die ihre Trainigscamps von Japanern säuberten, verscheuchte die japanischen Weltrevolutionäre nach Paris. Sie flogen dort jedoch auf, als die französische Polizei im Juli einen mit falschem Pass unter dem Namen Koji Suzuki einreisenden Japaner festnahm. Hinter dem angeblichen Suzuki verbarg sich Yutaka Furuya (der Mann, für den der Anschlag von Den Haag inszeniert wurde), ein Verbindungsmann zwischen dem neuen Pariser Hauptquartier, dem alten Beiruter Zentrum und den — auf diese Weise erst entdeckten — Rekrutierungsfilialen in Japan. Furuya führte chiffrierte Briefe mit sich, in denen die immer noch in Beirut vermutete Chefin der Sekigunha, Fusaku Shigenobu (8), ihre Pariser Aktivisten anwies, eine breit anglegte Geiselnahmeaktion zu starten, deren Zentren die als proisraelisch geltenden Länder Holland und Westdeutschland, deren Zielobjekte jedoch vornehmlich japanische Botschaften und Grossunternehmen sein sollten.

Damit hat Japans Rote Armee ein völlig neues und durchaus ernstzunehmendes Gesicht erhalten seit ihren Anfängen, als eine Handvoll linkssentimentaler Studenten, mit Holzschwertern bewaffnet, ein japanisches Flugzeug nach Nordkorea entführte (wo sie heute noch sitzen), und weltfremde Radikalisten dreizehn ihrer Genossen zu Tode lynchten, weil sie „erotische Aufweichungstendenzen" zeigten. Zu der Pariser Kommune gehören Sekigunhas „Chefideologe" Nobuhiro Takemoto, besser bekannt unter seinem Decknamen Osamu Takita, ihr oberster Chemiker und Waffenmeister Tsuneo Umenei oder Umechi, ein in japanischen Fachkreisen bekannter Jungprofessor für die französische Kulturgeschichte des 18. Jahrhunderts, Filmregisseur Masao Adachi (35), Informationschef der Bewegung, Ma[…]riko Yamamoto (34), die mehrsprachige Angestellte der Pari[…]ser Filiale des vornehmsten und traditionsreichsten japanischen Kaufhauses, Masao Matsud[…] (41), Filmkritiker, und jede Men[…]ge Künstler, Professoren und In[…]tellektuelle, die zum Teil in Ja[…]pan einen solchen fachlichen und gesellschaftlichen Namen haben, dass die japanische Oeffentlich[…]keit in tiefsinniges Rätselraten darüber ausgebrochen ist, wie so prominente Vertreter ihre[…] besten Kreise so tief fallen kon[…]ten, um sich dem Prinzip gewalt[…]samer Weltverbesserung zu ver[…]schreiben. Einer nicht ohne wei[…]teres von der Hand zu weisen[…] den Theorie zufolge haben Ja[…]pans radikalistische Intellektuell[…] die „Weltrevolution" mit eine[…] Revolution in Japan verwech[…]selt, wo die hierarchisch geglie[…]derte, kapitalistisch begründet[…] Gesellschaft in der Tat noc[…]drastische Spuren des neunzehn[…]ten Jahrhunderts aufweist.

Jugoslawien hat angeregt, a[…] Rande der UN-Vollversammlun[…] ein Treffen der 54 blockfrei[…] Staaten zu arrangieren. Als Di[…]kussionsthemen wurden gemei[…]sam interessierende Fragen, s[…]wie aktuelle internationale Pr[…]bleme vorgeschlagen. Der Me[…]nungsaustauch soll demnäch[…] stattfinden.

Botschafter Bruce, früher P[…]king, wird zum US-Botschaft[…] bei der NATO ernannt.



160.

Zum Glück hatten sie diesen Bluthund Gloggnigg nach Berlin versetzt, ich erzählte es Ihnen. Der neue Richter hiess Arnold... Forster kramte in den vielen Papieren, die vor ihm lagen. Manuel hielt eine Hand an den Mund. So roch er noch immer den Duft eines Parfums, schwach, aber süss. Er hatte plötzlich ein irrsinniges Verlangen nach Irene, er sah und hörte und fühlte in Sekunden alles noch einmal — den einsamen Park, den zugefrorenen See, die Eichhörnchen, das Gespräch über Heinz, die Umarmung, den Kuss...

„... war dieser Arnold, ein ganz Ergebener, Uebereifriger, stets voll Angst, er könnte etwas falsch machen", erreichte Forsters Stimme wieder Manuels Bewusstsein. „Und ebenfalls zum Glück war damals, im Juli 1943, wieder einmal mein Freund Peter Klever aus Berlin zu Besuch hier."

40

„Es ist mir eine besondere Freude, Ihnen mitteilen zu können, wie zufrieden man mit Ihrer Arbeit in Berlin ist, Herr Landgerichtsdirektor. Sie ersetzen Ihren Vorgänger, den Kollegen Gloggnigg, vollkommen, tatsächlich vollkommen!" Ministerialrat Dr. Peter Klever verzog sein breites Gesicht zu einem Lächeln, die buschigen Augenbrauen tanzten. Arnold strahlte entzückt.

„Man tut, was man kann, Herr Ministerialrat! Ich gebe mir alle Mühe, meinen grossartigen Vorgänger zu ersetzen — leicht ist das nicht. Darum freut mich eine solche Mitteilung besonders!"

„Was man an Ihnen am meisten schätzt, das ist Ihre absolute Integrität", erklärte Klever. „In einem Rechtsstaat wie dem unseren muss jede Seite eines Falles beleuchtet und überprüft werden. Wir dürfen uns nicht nachsagen lassen, die deutsche Justiz handle leichfertig oder liebedienerisch der Partei gegenüber. Das auf keinen Fall, Herr Arnold!"

„Auf keinen Fall, gewiss. Meine Devise. Ich bin in der Partei, selbstverständlich. Ein getreuer Gefolgsmann des Führers. Gerade deshalb achte ich peinlichst auf Anstand und Sauberkeit in meinen Fällen.

„Bravo! Das ist der rechte Geist", sagte Klever mit seinem starken preussischen Akzent, während er dachte: Du elendes, kleines Arschloch, du. „Wie ich höre, haben Sie auch mit Abstammungsprozessen zu tun..."

„Jawohl, Herr Ministerialrat. Mit einigen. Sie erwähnen das, weil das ein besonders heikles Gebiet ist, nicht wahr?"

Jetzt wären wir also glücklich gelandet, dachte Klever und sagte: „Besonders heikel, sehr richtig, mein Lieber. Ich komme im ganzen Reich herum..."

„Gewiss!"

„... und im ganzen Reich werden solche Prozesse geführt..."

„Gewiss!"

„... nicht in Massen, aber doch, aber doch! Sie können sich nicht vorstellen, mit welcher Leichtfertigkeit da manchmal vorgegangen wird. In bester Absicht natürlich! Die Richter vermuten, dass es sich um Schwindelprozesse handelt, in denen Mütter versuchen, ihre halbjüdischen Bälger zu Ariern zu machen. Aber das ist nicht immer der Fall! Durchaus nicht immer, wie wir feststellen konnten! Ein Freund — Reichssippenhauptamt — sagte mir, dass man hier besonders aufpassen und wirklich den letzten Zweifel beseitigen muss, ehe man ein Urteil fällt."

Ich habe keinen Freund im Reichssippenhauptamt, dachte Klever. Herrgott, Otto wird doch noch auf die Schnauze fallen mit diesen Geschichten. Zum Verzweifeln! Und er lässt nicht mit sich reden. „Denn es kann immer wirklich ein Arier sein, der da vor Ihnen steht, Parteigenosse Arnold! Es kann immer sein, dass die Mutter und die Zeugen die Wahrheit erzählen — wenn die Geschichten, die man hört, manchmal auch noch so phantastisch klingen. Und nichts wünscht das Reichssippenhauptamt weniger als eine Fehlentscheidung, als ein Urteil, das einen arischen, wertvollen Menschen hinabstösst in den Sumpf des Judentums. Gerade diese Prozesse, lieber Herr Arnold, werden mit der grössten Aufmerksamkeit verfolgt!"

„Sehr freundlich von Ihnen, mir das zu sagen, Herr Ministerialrat." Richter Arnold dienerte im Sitzen. „Wirklich sehr freundlich. Man muss doch schliesslich wissen, worauf die Herren in Berlin besonderen Wert legen. Ich, hier in Wien, nur ein kleiner Landgerichtsdirektor..."

„Keine falsche Bescheidenheit! Wien ist die zweite Stadt im Reich! Und von wegen kleiner Landgerichtsdirektor — ich habe da etwas läuten gehört, dass ein Oberlandesgerichtsrat ins Haus steht!"

„Tatsächlich?" Arnolds runder, kleiner Mund öffnete sich. Ein Mund wie ein — na ja, dachte Klever, während er lächelnd sagte: „Bleibt aber unter uns..."

„Selbstverständlich, Herr Ministerialrat!"

„Weiss nicht, wann das beschlossen wird... kann noch eine Weile dauern..." Muss ich in Berlin durchsetzen, dachte Klever. Gott behüte, eine Beförderung! Das bringe ich noch fertig. „Aber wenn Sie so weitermachen, mein Guter, wenn Sie so weitermachen..."

41

„Ja, so hat mein alter Freund den neuen Richter also präpariert", sagte Forster. „Das war vielleicht eine Flasche, dieser Arnold! Die erste Verhandlung nach Erstellung der Gutachten unter seinem Vorsitz fand erst am zehnten September 1943 statt."

„So spät?"

„Gerichtsferien!"

Forster reichte Manuel mehrere zusammengeklammerte Papiere.

„Das Sitzungsprotokoll. Wieder ausgefertigt von dieser teiggesichtigen, gelangweilten Bohnen. Sie blieb uns erhalten, die Bohnen", sagte Forster. „Hier, schauen Sie einmal: ‚Aufruf zur Sache: 9 Uhr 35...'"

Manuel las: ‚Wegen Richterwechsels wird die Verhandlung gemäss § 412 neu durchgeführt. Die gefassten Beweisstücke werden wiederholt, die Ergebnisse der bisherigen Verhandlung an Hand der Akten und die Ergebnisse der angeordneten Untersuchungen an Hand der Gutachten verlesen, im Einverständnis mit den Parteien...'

42

„Tja", sagt Landgerichtsdirektor Engelbert Arnold, die Würstchenfigur ineinanderflechtend und Valerie fixierend, „damit dürfte der Fall wohl klar liegen, Frau Steinfeld. Herr Landau kann nicht der Vate[r] Ihres Sohnes sein. Ueber gesicherte wissenschaftlich[e] Untersuchungsergebnisse vermag sich niemand hin[…]wegzusetzen."

Er thront auf dem Stuhl, auf dem bei der erste[n] Verhandlung noch der Dr. Gloggnigg gethront ha[t], wir sind im gleichen Saal 29, im dritten Stock de[s] Justizpalastes. Heute fällt das Licht einer milde[n] Herbstsonne durch die Fenster

Neben dem rosigen Arnold hockt die schlampig[e] Stenographin Bohnen, stumpf und dumpf der G[e]sichtsausdruck, aber eine Arierin, eine Arierin, den[n] Valerie, die an der Seite Dr. Forsters hinter de[m] Tisch rechts vom Richter sitzt. Gegenüber sitzt d[er] Kurator Dr. Kummer.

Valerie — sie trägt ein braunes Kostüm — […] heute als einzige Beteiligte in diesem Prozess gelad[en] worden, denn es geht bei der Sitzung ja nur um d[as] Ergebnis der Beweisaufnahme, und da diese vernic[h]tend ausfiel, wird man den Fall sofort mit einer A[b]weisung derKlage beenden können, so jedenfalls b[e]urteilt Richter Arnold die Sache.

Kurator Kummer hat draussen auf dem Gang ein[en] schlanken, schwächlichen Mann gesehen. Sass v[or] der Tür zu Saal 29, der Mann. Als erwarte er, irgend[…]wann aufgerufen zu werden. Der Anblick dieses Me[n]schen, der ihn an irgend jemanden erinnerte, mach[te] Kummer vorsichtig. Langsam, langsam, man kann n[ie] wissen, nie...

„Frau Steinfeld!" sagt Arnold, da er von der st[…] dasitzenden Valerie keine Antwort erhalten hat.

(Fortsetzung folgt)

ie drei Abruestungskonferenzen laufen wieder an

nf und Wien treffen sich
paar Tagen wieder die
mer der verschiedenen
Konferenzen über Ent-
g und Abrüstung. Doch
eresse der Weltöffentlich-
t sich von diesen Ver-
gstischen ab — und den
Konflikten auf den
tfeldern zugewandt oder
ich auf Verhandlungen
riert, die eher Erfolge
hen, seien sie auch nicht
g wie die Truppenent-
gsabkommen im Nahen

an den drei Konferenzen
BFR und KSZE) betei-
Staaten bringen ihnen
s unterschiedliches Inter-
tgegen. Die Sowjetunion
ispiel hält natürlich an
n ihr vorgeschlagenen
eisern fest und befindet
bei in der auf den ersten
eltsam anmutenden Ge-
aft mit der Bundesrepu-
eutschland. Anders die
ie ganz andere Prioritä-
ben.

Vereinigten Staaten setzen
grossen Verhandlungs-
te der Entspannungspo-
e Genfer Gespräche mit
vjetunion über Kontrolle
cher Kernwaffen —
—, die Wiener Verhand-
zwischen Nato und War-
Pakt über gegenseitige
kürzungen in Europa —
— und die Genfer Kon-
von 34 Staaten über Si-
und Zusammenarbeit in
— KSZE) ohne hochge-
Erwartungen fort. Das
iel von Präsident Ford
aussenminister Kissinger
unverändert, durch Aus-
raus bestehender Abma-
über neue Verhaltens-
direkte Zusammenstösse
Atommächte zu vermei-
d damit eine dauerhafte
sstruktur zu entwerfen.
Zeit der ersten, weithin
rten Durchbrüche und
en unter Nixon ist vor-
Washington scheut heute
hlagworten zurück. Auf
drei Gebieten ist der
g durch Erreichen von
en Fragen oder Schwie-
n erlahmt. Die Fachleute
Seiten müssen auf Beden-
d reale Überlegungen der
Militärs und auf die politischen *Grenzen* Rücksicht nehmen, die ihrer Handlungs- und Bewegungsfreiheit gesetzt sind.

FÜR DIE USA STEHT SALT AN ERSTER STELLE

Weder bei der zweiten „Salt"-Runde in Genf noch bei MBFR wird auf amerikanischer Seite mit Überraschungen gerechnet. Beide Konferenzen werden sich im allgemeinen bewegen, ehe Kissinger nach Gesprächen mit der Sowjetführung feststellt, ob Moskau bereit ist, den für Washington enttäuschend engen Rahmen der letzten Gipfelabmachungen Nixons und Breschnews von Anfang Juli zu erweitern. Präsident Ford und Kissinger sprachen in Washington mit dem sowjetischen Aussenminister Gromyko über das Gesamtgebiet von Entspannung und Waffenkontrolle. Kissinger will im Lauf des Oktobers in Moskau mit Breschnew versuchen, „Salt" zumindest den nötigen politischen Anstoss zu geben.

Die amerikanische Delegation zu den Genfer „Salt"-Gesprächen unter Alexis Johnson hat daher nur allgemeine, letzthin in *einer Sitzung des Nationalen Si*cherheits unter Präsident Ford festgelegte Richtlinien. Diese übergehen die Diskussion zwischen Kissinger und Verteidigungsminister Schlesinger über den Gehalt jenes „grundsätzlichen Gleichgewichts" (essential equivalence) strategischer Waffen, das den Ausgangspunkt für „Salt" bilden soll und das im ersten, rein quantitativen Abkommen vom Juni 1972 zu erheblichen zahlenmässigen Unterschieden der Kernwaffenträger beider Supermächte führte. Für Kissinger sind Zahlen angesichts seiner Überzeugung von totaler Sinnlosigkeit eines grossen Atomkriegs weniger *erheblich als für Schle*singer, der ein relativ rasches Nachziehen der Sowjetunion in Kernwaffenträgern mit Mehrfach-Sprengköpfen für möglich und eine *Gefährdung* des bestehenden Gleichgewichts auf die Dauer für unmöglich hält. Schlesinger ist jedoch von der gegenwärtigen und unbestreitbaren amerikanischen Überlegenheit an Kernwaffen überzeugt. Er ist daher geneigt, Moskau härtere Bedingungen zu stellen als Kissinger. Dieser glaubt, dass die kommenden 16 Monate entscheidend seien: Gelinge es bis dahin nicht, den Wettlauf um Mehrfach-Sprengköpfe (MIRV) zu bannen, setze ein unwiderruflicher neuer Wettlauf mit schwersten Folgen ein.

GESPRÄCHE KOMMEN NUR MÜHSAM VORAN

Angesichts des fehlenden Erfolgs der letzten Gipfelkonferenz wird die amerikanische Delegation bei den Genfer „Salt"-Gesprächen nur dort fortfahren können, wo man bereits vor einem Jahr stand. Das „Salt 1"-Zwischenabkommen ist um zwei Jahre bis 1979 verlängert worden. Über zehn Jahre wollen die beiden Supermächte ein Abkommen über Angriffswaffen aushandeln. Aber bis 1976 können Washington und Moskau unter den Bestimmungen des Moskauer Vertrages über Obergrenzen unterirdischer Kernwaffen-Versuche ihre Mehrfach-Sprengköpfe (MIRV) technisch erheblich verbessern. Kissinger beharrt entgegen den berufsmässigen Bedenken der *Militärs darauf*, dass Moskau auch noch 1985 den amerikanischen Vorsprung nicht eingeholt haben werde.

Der von Kissinger im Frühjahr erhoffte Durchbruch „im Konzept" der „Salt"-Verhandlungen ist bisher ausgeblieben. Die von Kissinger am Ende des Moskauer Gipfels angekündigte „grosse nationale Debatte" über Entspannungspolitik fand nicht statt. Nixons Rücktritt überschattete alles. Kissinger sieht die Debatte heute offenbar als überflüssig an, zumal sich die Gegnerschaft eines lautstarken Kreises von Intellektuellen der Ostküste gegen die „Salt"-Politik ange*sichts des Machtwechsels zu Ford* auflöst. Für Kissinger geht es heute nicht um Schlagworte, sondern um konkrete Ergebnisse. Niemand in Washington bestreitet *freilich, dass* die entscheidenden Fragen unbeantwortet bleiben: Was bedeutet Entspannung heute? Ist sie allein auf eine Neuformulierung des militärischen Gleichgewichts beider Seiten beschränkt?

GROSSER EINFLUSS DER MILITÄRS AUF BEIDEN SEITEN

Laut amerikanischer Auskunft setzt die Sowjetunion die Modernisierung ihrer Langstrecken-Kernwaffenträger (der SS-17-19-Raketen) und die Entwicklung operativer Mehrfach-Sprengköpfe mit Hochdruck fort. Sie ist noch nicht bereit, auf diesem das Grundkonzept der Nuklear-Strategie berührenden Gebiet Entgegenkommen zu zeigen So wie in Washington trotz aller Überzeugungskraft Kissingers die Ansichten der Generalstabschefs und Schlesingers mitbestimmen, gilt das gleiche für den Einfluss des sowjetischen Verteidigungsministers Gretschko.

Bisher legt Moskau „Parität" in seinem Sinn aus. Zählt Washington für die Berechnung der nötigen Gesamtparität alle Kernwaffenträger (auch Bomber) beider Seiten, verlangt Moskau die Einbeziehung der im Nato-Bereich enthaltenen Atomwaffen (Forward Based Systems), über die Amerika nicht bilateral verhandeln will. Überdies will die Sowjetunion in diese Gleichung die bestehenden Atommächte England, Frankreich und China einsetzen. Die Sowjetunion erkennt die Gleichung ihrer eigenen, Amerika überlegenen Gesamtschubkraft an Raketen (*Throw-Weight*) gegen die kombinierte Macht amerikanischer Gernwaffenträger und Mehrfach-Sprengköpfe (jeden Tag werden drei neue MIRV auf amerikanische Raketen gesetzt) nicht an.

Damit bleibt die politisch eigentlich wichtigste Frage unbeantwortet: Was ist „strategische Überlegenheit" in einer Zeit, da Amerika und die Sowjetunion sich bereits gegenseitig um ein Vielfaches vernichten können, da also nur noch von Ausweitung des „Overkill" die Rede ist? Welchen Preis muss Washington entrichten, um den Wettlauf aufzuhalten? Welches Eingeständnis langfristiger, wenn nicht *ständiger numerischer* Unterlegenheit muss die Sowjetunion machen, damit „Salt" wieder vorankommt? Bisher hatte Kissinger stets die letzte politische Trumpfkarte in der *Hand* gehalten. Er wie Nixon kannten keine technischen Skrupel, wenn es am den Erfolg ging. Heute ist dies fraglich, weil Präsident Ford von seiner gesamten Entwicklung her den Vorstellungen des Verteidigungsministeriums näher steht als sein gestürzter Vorgänger.

KEIN GROSSES AMERIKANISCHES INTERESSE AN MBFR UND KSZE

Die Wiener Truppenkürzungs-Verhandlungen (MBFR) hatte Washington ursprünglich nur als Mittel gegen den innenpolitischen Druck im amerikanischen Kongress auf einseitige Truppenkürzungen in Europa gefördert. Es sieht sie heute nicht als dringend an. Bewegung ist hier ohne Abstimmung mit den betroffenen atlantischen Verbündeten ohnehin nicht möglich. Nach amerikanischer Ansicht hat die Sowjetunion ihr Interesse an MBFR verloren solange nicht ihre zahlenmässige Überlegenheit an Landtruppen erhalten bleibt. Und Washington begreift mittlerweile, dass die auf 1945 zurückgehende Konzentrierung amerikanischer Streitkräfte in Süddeutschland strategisch strittig ist.

Das geringste Interesse bekundet Washington an der Fortset*zung der gesamteuropäischen* Sicherheitskonferenz (KSZE). Amerika, so heisst es in Washington, habe diese weder erfunden noch gewollt. Die Sowjetunion habe die KSZE zunächst als Ersatz eines Friedensvertrags mit Deutschland gesehen. Das Berlin-Abkommen und die Anerkennung der DDR durch die atlantisben Verbündeten hätten dies überflüssig gemacht. Daher dringe Präsident Ford nicht auf eine Gipfelbegegnung in diesem Rahmen. Washington sieht in der KSZE auch heute nicht das politische Forum, das vor allem Bonner Experten erwarten. Die Debatte um den „dritten Korb" kommt Wa*shington* absurus vor, weil noch kein einheitlicher westlicher Vorschlag .... dafür (Erleichterung menschlicher Beziehungen) vorliege. Käme es zu einer Gipfel*konferenz*, würde Amerika zwar daran teilnehmen, aber Ford hat dafür kein aus innenpolitischen Gründen dringendes Bedürfnis wie Nixon in seinen letzten Amtsmonaten, der sich im Moskauer Abschluss-Kommunique weitgehend mit der sowjetischen Formulierung für die KSZE einverstanden erklärte.

Grosse Aktivitaeten in der amerikanischen Politik

US-WIRTSCHAFTLER: ANLAGEN DER ARABER IN USA — 75 MILLIARDEN DOLLAR

Ein amerikanischer Wirtschaftler erklärte, bis Juni 1975 werden die ölexportierenden Staaten Anlagen in Höhe von über 75 Milliarden Dollar in den USA haben. Der Experte, Walter Levy, sagte, die Gewinne der Oelstaaten sind ein Krebs in der Weltwirtschaft und bedrohen die meisten westlichen Staaten, die sich einem wirtschaftlichen Ruin nähern.

Vor dem Ausschuss des Repräsentantenhauses, *der zur* Bekämpfung der Inflation eingesetzt wurde, sagte Levy, nur die USA und Westdeutschland verfügen über die Mittel, eine Erhöhung der Erdölpreise zu verhindern. Der Sekretär der OPEC-Länder behauptete gestern, in naher Zukunft werde kaum eine Herabsetzung des Rohölpreises beschlossen werden. Der Sekretär Abdel Rachman Khan reagierte auf eine Erklärung des Präsidenten Ford, der die Erdölländer vor einer Erhöhung der Erdölpreise gewarnt hatte. „Wir verstehen die Besorgnis des Präsidenten. Es ist nicht unser Ziel, die Weltwirtschaft zu vernichten", sagte Khan.

Das US-Finanzministerium bezifferte einem Senatshearing die Investitionen der ölexportierenden Staaten in den USA in der Zeit von Januar bis Ende August 1974 auf sieben Milliarden Dollar. *In Grossbritannien* wurden in dieser Zeitspanne drei Milliarden Dollar angelegt.

SCHLESINGER: KEINE MEINUNGSVERSCHIEDENHEITEN MIT KISSINGER

Der amerikanische Verteidi*gungsminister James Schlesinger* stellte Auseinandersetzungen mit Staatssekretär Kissinger über aussenpolitische Fragen in Abrede. „Wir sind an einem Wettrüsten im Nahen Osten nicht interessiert. Beide sind wir der Meinung, dass sich die hohen Erdölpreise für die Weltwirtschaft nachteilig auswirken." sagte Schlesinger.

Schlesinger wurde in einer Pressekonferenz über wachsende Spekulationen befragt, dass entweder er oder Kissinger in naher Zukunft aus dem Kabinett scheiden werden. „Ich denke, es hat einige Uebertreibungen der Differenzen gegeben. Wir haben dieselben Ziele". sagte der Verteidigungsminister.

FORD TRIFFT LEONE

Präsident Ford konferierte mit dem italienischen Präsidenten Leone über Energiefragen und über die weltweite Inflation. Auch im Gespräch mit Leone sagte Ford, „ich warne vor der Gefahr wirtschaftlicher Konfrontationen wie sie sich im Problem der Energieversorgung und der weltweiten Nahrungsmittelsicherung abzeichnen. — Kollektive Massnahmen zum Schutz der Produzenten und Konsumenten sind notwendig". Leone hat dem Vernehmen nach dieser Haltung zugebilligt.

VERTIEFTE BEZIEHUNGEN USA—UdSSR

In New York trafen die Aus*senminister der USA und der* UdSSR, Kissinger und Gromyko zu einem Arbeitsessen zusammen. Sie erörterten die Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen. Ferner besprachen sie die Nahost-Krise, das Zypern-Problem und die Nuklearabrüstung.

INTERNATIONALE FINANZSITZUNG

Eine internationale Finanzsitzung wird Montag in Washington abgehalten. Westdeutschland wird die Gründung einer internationalen Bank vorschlagen, die von den ölexportierenden und den ölverbrauchenden Ländern gegründet werden soll, schlug der deutsche Bundesfinanzminister vor.

RADIO und FERNSEHEN

NNTAG, 29.9.1974
richten: jede Stunde.

Programm A:
9.05 und 10.05 Morgen- — Werke von Mozart, kowitz, Vivaldi, Beethohms und anderen; 11.00 hnliches Hebräisch; 11.15 .15 Programm für Schu- 40 und 12.05 Lied und n; 12.35 Rezital — Ja- Velt spielt „Wiener Kar- von Schumann; 13.05 konzert — Mendelssohn: konzert Nr. 1 (Rudolf ; Mussorgski-Ravel: „Bil- ner Ausstellung"; 14.10 utter und Kind; 15.05 Ra- en — Einführung in die gie; 15.30 Literatur für chüler und Lehrer; 15.50 sprechung; 16.10 Eine Hebräisch; 16.11 „Musi- a" — Werke von Charles 7.10 Musik für Sonntag — ütz: Psalmen; Faure: Re- pus 48; 18.05 Ueber Men- und Zahlen; 18.30 Jüdische den im Auslande; 18.50 andschaft unseres Landes holung); 18.55 Für den rt; 19.25 Leichte klassi- usik; 19.50 Rezitation aus bel; 20.05 Aus unseren sälen 1) Valery *Maisky* spielt Werke von Bach; glieder des Sommerkurses mmermusik spielen Wer- Bach, Debussy u. Bartok; Aus dem Leben des Kom- n Claude Debussy (Wie- ng); 22.05 Der Vorhang f — „Kehre zurück, Shel- ederholung); 23.05 Kam- sik — Bach: Suite Nr. 1 für Cello-Solo (Paul Tortelier); Brahms: Sextett.

Programm B:
6.10 Morgengymnastik; 6.20 Musikalische Uhr; 6.59 Eine Minute Hebräisch; 7.35 Gesänge; 7.55 „Grünes Licht"; 8.10 Morgenprogramm; 10.50 Für die Hausfrau; 12.05 Im Arbeitsrhythmus; 12.30 Unsere Lieder; 13.05 Chansons und Neuigkeiten; 14.10 und 15.05 „Dir und mir"; 15.52 Jüdische Bräuche u. Begriffe; 16.10 Eine Minute Hebräisch; 16.11, 16.35, 17.10 und 18.05 Chansons; 16.30 Rätselraten — in Fortsetzungen; 17.55 „Verkehrsampeln"; 18.45 Täglicher Sportbericht; 21.05 „Die Angelegenheit wird behandelt" (*Gideon Lev-Ari*); 21.35 Hebräische Lieder; 22.05 Jazzmusik; 23.05 und 0010 „Offene Tür" — (direkte Uebertragung).

Sender H:
19.00 und 20.00 Nachrichten; 19.05 und 20.05 Melodien und Gesang.

Militärsender:
Nachrichten: jede Stunde.
6.05 und 7.05 „Guten Morgen"; 8.05, 12.05, 17.05 u. 00.05 Nachrichtenjournale; 90.05 and 10.05 Grüsse mit einem Lied; 9.55 Jerusalem-Gespräch; 10.55 Programm mit Uri Sela; 11.05, 12.30 und 13.05 „Warm und schmackhaft"; 11.55 Erzählungen aus der ersten Hälfte des Jahrhunderts (*Mordechai Naor*); 13.30 „Stars und Stripes"; 13.55 Mitteilungen für Soldaten; 14.05 und 15.05 „Zwei bis vier" (mit Ram Awron); 16.05 „Rufen Sie bitte an" (mit Daniel Bloch); 20.05 Programm mit Jaffa Jar- 18.05 und 19.05 Radiosport; — 17.40 Chansons für jedermann; koni; 21.05 Radioauswahl; 22.05 und 23.05 Heute abend — direkte Uebertragung — mit Uri Sela; 23.53 Mitternachtsgespräch — Dr. Mosche Feldenkreis: Vervollkommnung der Leistungen.

In der Nacht zwischen den Nachrichtensendungen leichte Musik, Lieder, Chansons.

Schulfernsehprogramm:
9.05, 10.00 u. 12.00 Englisch, (ebenso 16.17); 10.20 Naturkunde; 11.25 Geometrie; 12.40 Zeichnen; 13.00 Biologie; 16.00 In unserer Laubhütte; 16.28 „Stadt im Sand" — Das kleine Tel-Aviv; 16.45 Marco Polo — Leben und Fahrten des bekannten Venezianers; 17.05 Die Lehre von der Elektrizität.

Fernsehprogramm:
17.30 Nachrichten; 17.32 „Der Affe und ich" — „Mike, der Heiratsvermittler"; 18.00 Buchstabenspiel; 18.30 bis 20.00 Programm und Nachrichten in arabischer Sprache; 20.00 Wochenschau für die Jugend; 20.30 Mabat; 21.00 Der Zauberer — „Gewitter an einem schönen Tag"; 21.50 Dokumentarfilm über die Seychelle-Inseln, östlich von Sansibar, und die Veränderungen, *die die* „Eroberer vom Westen" im Jahre 1971 in das Leben der Bewohner brachten, indem sie die Insel in ein Touristenzentrum verwandelten; 22.40 Tagesabschnitt, Nachrichten.

APOTHEKEN- UND AERZTEDIENST

Sonntag, nachts bis 23.00 Uhr: Schlomo Hamelech 78, Telefon 246461, Jehuda Halevy 67, Tel. 612474.

Ramat Gan und Umgebung: Bialik 30, Tel. 723674.

Bnei Brak: Hamaccabim 43.

Petach Tikwa: Stamper 24.

Herzlia und Umgebung: Kfar Saba, Rothschild 47.

Bat Jam: Balfour 9.

Cholon: Krause 46.

Ramla—Lod: Lod, Merkas Mischari.

Beer Schewa: *Schikun Dalet*, Merkas.

Haifa bis 21.00 Uhr. Kirjat Bialik A, Tel. 721230, Ab 21 Uhr: MDA, Tel. 512233, *Kirjat Elieser.*

Jerusalem 19.00—11.00 Uhr: Chiskijahu Hamelech, 23 Tel. 33843. Salach A-Din, Telefon 284123.

ÄRZTENACHTDIENST TEL-AVIV

Dr. Bar Even, Epsteinstr. 6, Tel. 44328.

Magen David Adom: Aerzte Nachtdienst T.-A., Tel. 614333 oder 101 von 8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens.

Kupat Cholim „Maccabi" Arad: MDA, Tel. 057-97222. — Aschdod: MDA, Tel. 22222. — Bat Jam: MDA, Tel. 863333. — Cholon: MDA, Tel. 843132. — Gusch Dan: MDA, Ramat Gan Hagilgalstr. 42, 781111. — Herzlia: MDA, Tel. 931333. — Haifa: MDA, Tel. 101. — Jerusalem: MDA, Tel. 101. — Kirjat Ono: MDA. Tel. 781111/2: — Natania: MDA. Tel. 23333 — Petach Tikwa: MDA, Telefon 912333. — Rischon Lezion: MDA, Tel. 942333. — Tel-Aviv MDA Tel. 101 — Zion MDA Tel. 101.

Kupat Cholim Merkasit Tel-Aviv-Jaffo: MDA, Mazestr. 13 Tel. 101, von 8.00 Uhr abds. bis 7 Uhr morgens, Dr. Watts Allenbystr. 50, Tel. 53888 (nur tagsüber); Dr. Marc Dona, Hachaschmona 4, Tel. 248228.

Kupat Cholim „Assaf", Tel-Aviv, Tel. 101, Gusch Dan, Tel 781111; Bat Jam, Tel. 863333: Cholon, Tel. 843133; Haifa, allgemeiner u. Kinderarzt, Tel. 254530.

KINOPROGRAMM

TEL AVIV

ALLENBY: The Sting
BEN JEHUDA: Love me Johnny
CINEMA ONE: Sleeper
CINERAMA: Charly and a Half
CHEN: Paper-Moon
DRIVE IN: Tom Thumb John; 9.45 Red Sky in the Morning
DEKEL: Blazing Saddles
ESTHER: The Dragon
GAT: American Graffiti
GORDON: England Made Me
HOD: Lepke
LIMOR: Cabaret
MAXIM: Who's afraid of Karate?
MOGRABI: Three the Hard Way
OPHIR: Walch out we are Mad
ORDAN: Rabbi Jacob
ORLY: Spys
PARIS: Desperate Character
PEER: The Marseille Contract
TCHELET: La planete sauvage
STUDIO: La grande Bouffe
TEL-AVIV: Seven-Up
ZAFON: Deux Hommes dans la Ville

RAMAT GAN

FINO LILLY: 7.15 und 9.30 (8. Woche, Serpico; 4.00 Uhr: „Nurit".

HAIFA

AMPHITHEATRE: The three Musketeers
ARMON: Dictator
ATZMON: Marriage Jewish Style
CHEN: The Sting
MORIAH: Bob and Caroll and Ted and Alice
MIRON: Killer Punch
ORAH: Lepke
ORDAN: Mazal tov
ORION: The Dauntless Bumpkin
ORLY: Bananas
PEER: Charlie and a Half
RON: La Grande Bouffe
SHAVIT Bullitt

JERUSALEM

ARNON: One little Indian
CHEN: The Black Windmill
EDEN: Lepke
EDISON: Evlat
MITCHELL Charlie and a Half
ORION: The Marseille Contract
ORNA: Enther the Dragon
HABIRAH: Scorpio
JERUSALEM: Gone With the Wind
ORGIL: Artists in the Supermarket
SEMADAR: The Sting
RON: Paper Moon

חדשות ישראל — ECHO DES TAGES

המרוץ נגד הזמן של יצרני הנפט

לפני ימים מספר הפנו בבליאת האו"ם הן נשיא ארצות הברית ג'רלד פורד והן שר החוץ שלו ד"ר הנרי קיסינג'ר, מילות אזהרה אל יצרני הנפט בכלל ואל הערבים שביניהם בפרט. אזהרות אלו עוררו סערות ממש בקרב הערבים, אף כי בינתיים ניסו דוברים רשמיים של ארה"ב להרגיע את הרוחות.

נראה שהרגעות אלו לא נשאו פרי. הרי בימים אלה התכנסו בניו־יורק כמה משרי החוץ הערביים והודיעו בין היתר, כי ד"ר קיסינג'ר אינו מתאים יותר לתווך בסכסוך הישראלי־ערבי, מפני שלדעתם אין האמריקנים מעוניינים יותר להשיג עבור הערבים ויתורים ישראליים נוספים.

התרגשות הערבים מובנת, כי לכוחם קיימות שתי הגבלות; הראשונה היא בעיקרה פסיכולוגית מטבעה תראה, כי הגבלה זו מתחילה להסתמן באופק: שרי החוץ ושרי האוצר של ארה"ב, בריטניה, גרמניה המערבית, צרפת ויפאן מתכנסים זה עתה בקמפ דייויד, מושב הקיץ של נשיא ארה"ב, מסרת דיוניהם: תגובה מתואמת נגד ההצלאה הצפויה הנוספת במחירי הנפט. זאת ואף יותר: ועדת הכספים של הסנאט האמריקני קבלה בימים אלה הצעה, לפיה תוסרה זכויות המדינה המועדפת ביותר מכל הארצות שהשתתפו אשתקד באמברגו הנפט על ארה"ב.

בעלי בארות הנפט יודעים היטב, כי כל עושרם תלוי בזאת שהם יכולים למכור את "הזהב השחור" ובאין קונים הוא כאפס וכאין, אפילו שביתת קונים מוגבלת בזמן תעמיד את יצרני הנפט במצב קשה.

זוהי אחת משתי ההגבלות האמורות לעיל. ההגבלה השניה היא גיאולוגית. כמות הנפט, המצויה בחולות המזרח הקרוב, ידועה ליצרניו ולקוניו כאחד. ברור לכולם, כמה זמן אפשר יהיה להפיקו ובו ביום שתיפסק נביעת הנפט מחולות מדברים, יישבר כוחם הכל־כלי של הערבים. נוסיף לכך עוד שתי העובדות הבאות: בארצות המערב מחפשים בהצלחה מקורות נפט חדשים והן עושות מאמ־צים לייצר מקורות אנרגיה נוספים.

אסור לנו לשבת באפס מעשה מול התפתחות זו. אנו מצווים לנהל מדיניות חוץ פעילה, אשר עליה לנצל כל סימני חולשה במחנה הערבי. עלינו לדעת, כי כעת כבר לא מדובר במערב על ויתורים טריטוריאליים נוספים מצד ישראל, אלא על מצבן הכלכלי של מדינות המערב. כשמדובר על כיסם, אפשר לסמוך אפילו על מדינות אלו.

ו. ט.

Wettlauf der Oelscheichs gegen die Zeit

Als vor einigen Tagen der amerikanische Staatspräsident Gerald Ford und sein Aussenminister Dr. Henry Kissinger in der UNO-Vollversammlung warnende Worte an die Adresse der *Ölstaaten überhaupt und an die* der arabischen Ölscheichs im besonderen richteten, da brach im *Lager der Erdölproduzenten* ein wahrer Entrüstungsorkan aus. Seither haben sich offizielle amerikanische Sprecher bemüht, die erregten Gemüter der Erdölmillionäre zu beruhigen. Zu diesen Sprechern gehört auch der amerikanische Verteidigungsminister James *Schlesinger*, welcher dieser Tage erklärte, dass mit den amerikanischen Warnungen *keineswegs die Möglichkeit* einer militärischen Intervention der Vereinigten Staaten gegen die Erdölproduzenten gemeint ist.

Wie es scheint, haben diese Erklärungen — bisher jedenfalls — noch keinen nennenswerten Erfolg gehabt. *Als Reaktion auf* die „amerikanischen Drohungen" haben nämlich eine Reihe *arabischer Aussenminister*, welche derzeit an der UNO-Vollversammlung in New York teilnehmen, bereits eine Gegendrohung ausgesprochen. Sie haben erklärt, dass — ihrer Meinung nach — der amerikanische Aussenminister Dr. Henry Kissinger nicht mehr *als Vermittler* im Nahen Osten in Betracht kommt. Sie meinen, die Araber könnten sich auf eine amerikanische Hilfe in den Verhandlungen mit Israel nicht mehr verlassen, da die Vereinigten Staaten an israelischen Verzichten den Arabern *gegenüber* gar nicht mehr interessiert seien.

Die helle Empörung im arabischen Lager kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Ölscheichs mit Recht um ihre Zukunft besorgt sind. Die Ölknechtschaft, in welcher sie derzeit die westliche Welt gefangen halten, hat nämlich zwei Grenzen: eine dieser Grenzen — nämlich die psychologische — beginnt sich bereits am Horizont abzuzeichnen. Derzeit tagen in Camp David, dem Sommersitz des amerikanischen Präsidenten, die Aussen- und die Finanzminister der vier einflussreichsten Staaten des Westens, *nämlich der* USA, Grossbritanniens, Westdeutschlands und Frankreichs. Ausserdem nehmen an dieser Tagung die betreffenden Fachminister Japans teil. Trotz aller Erklärungen *muss* den Arabern klar sein, dass hier der erste Versuch unternommen wird, eine westliche Einheitsfront gegen die Erdölproduzenten und deren Erpressungsversuche zu schaffen. Offiziell ist diese Tagung zwar nur dem Problem der Erdölpreise *gewidmet, aber die alten* und jungen Wüstenfüchse wissen nur zu genau, worum es geht. Sollten sie sich dennoch Illusionen hingegeben haben, so dürfte sie ein Beschluss der Finanzkommission des amerikanischen Senates aufklären. Dieser Ausschuss befürwortet nämlich die Meistbegünstigungsklausel gegenüber allen jenen Staaten aufzuheben, welche voriges Jahr am Erdölembargo gegen die Vereinigten Staaten teilgenommen haben.

Die Ölscheichs wissen nur zu genau, dass man Erdöl nicht trinken kann und dass es völlig wertlos ist, wenn es keine Abnehmer findet. Ja, mehr noch: selbst ein zeitweiliger Käuferstreik kann die erdölproduzierenden Länder in eine ausgesprochene Notlage bringen. Dies ist eine der beiden oben erwähnten *Grenzen. Die zweite ist* geologischer Natur. Die Erdölvorkommen im Persischen Golf und um das Rote Meer sind in ihrem Umfang bekannt. Die Erdölkonsumenten sowie die Produzenten des „schwarzen Goldes" wissen sehr genau, wann diese *Erdölquellen* erschöpft sein werden. Die Ölscheichs rennen also verzweifelt gegen die Zeit. An dem Tag nämlich, an dem die Ölbrunnen erschöpft sein werden, ist ihr Einfluss für immer gebrochen. Dazu kommt noch, dass schon jetzt in der *westlichen Welt sowohl* neue Ölvorkommen mit Erfolg gesucht werden, als auch fast alles getan wird, um andere Energiequellen zu erschliessen.

Die Nervosität im arabischen Lager darf von uns nicht übersehen werden. Die Zeiten, wo wir ruhig sitzen und die Ereignisse auf uns zukommen lassen konnten, *sind* vorüber. In einer aktiven Aussenpolitik, wie wir sie jetzt treiben müssen, kann *und soll jede* Erschütterung des arabischen Einflusses im Westen zu unseren Gunsten ausgenützt werden. Hier geht es nämlich bereits nicht mehr um zusätzliche israelische *Gebietsabtretungen*, sondern um die wirtschaftliche Lage der Erdölkon*sumenten*. Wo es um deren Taschen geht, können wir uns auf ihre Empfindlichkeit verlassen.

W. T.

Die Depositenversicherung soll baldigst eingeführt werden

Auf Drängen von Justizminister Chaim Zadok hat der von ihm eingesetzte Fachausschuss den *Entwurf eines Gesetzes* über die Versicherung von Bankdepositen bereits abgeschlossen. Der *Entwurf* wird nach den Feiertagen der Regierung und dann der Knesset vorgelegt werden; der Justizminister will sich nach seinen eigenen Worten um möglichst *schnelle Verabschiedung* des neuen Gesetzes bemühen. Die Vorgänge beim Zusammenbruch der British Bank und die möglichen Rückwirkungen der Schwierigkeiten bei der International Credit Bank haben den Minister in seiner Auffassung *bestärkt, dass die Depositenver*sicherung eine dringliche Aufgabe ist.

Nach den Vorschlägen des Entwurfs soll eine besondere *Versicherungsgesellschaft* gebildet werden, die für Zahlung von Versicherungsgeldern aufzukom*men hat. Die Bank Israel wird* eine Summe von fünf Millionen IL als Grundstock für den neu*en Versicherungsfonds beitragen*, die übrigen Gelder sollen aus Versicherungsprämien kommen, die von den Banken zu zahlen sind.

Nicht alle werden von *dieser* Versicherung profitieren, denn nach den Erklärungen von Ju*stizminister Zadok* sollen nur Konten bis zu 5.000 IL versichert werden. Nach Ausführungen des Ministers werden von dieser Regelung 95% aller Konteninhaber erfasst, dagegen jedoch nur 60% aller Gelder, die heute auf Banken deponiert sind. Es handelt sich eben zum Teil um Konten, die weit über die Summe von 25.000 IL hinausgehen.

Noch bevor der Entwurf offiziell der Regierung vorliegt, hat *sich bereits Kritik an dem* Vorschlag zu Worte gemeldet. Ein Teil der Kritiker weist darauf hin, dass Konteninhaber nunmehr ihre Gelder auf mehrere Banken verteilen werden, um möglichst nicht mehr als 25.000 *IL bei einer Bank* zu haben und so auf jeden Fall (im Falle eines Zusammenbruchs) in den Genuss der Versicherungssumme zu kommen. Die Grossbanken, die bisher *immer gegen die* Einführung der Kontenversicherung gekämpft haben, erklären jetzt, dass die unterschiedslose Festlegung von Prämien unberechtigt sei. Bei den Grossbanken ist der Einleger ohnehin seiner Sache sicher, denn Schwierigkeiten, so *stellen es jedenfalls die Gross*banken hin, können nur bei kleineren Banken auftreten.

Kreise der Bank Israel sind mit dem Entwurf unzufrieden, weil er eine Reihe von Prärogativen der Regierung gibt und diese praktisch dem Staatsbankpräsidenten entzieht. Justizminister Zadok hatte in einem Interview erklärt, die Höchstsumme von *25.000 IL sei nicht als endgültig* zu betrachten. Sie werde entsprechend der inflationären Entwicklung elastisch behandelt und eventuell durch die Regierung heraufgesetzt werden. Nach Meinung führender Vertreter der Bank Israel müsste die Entscheidung in dieser Angelegenheit allein Sache des Präsidenten der Staatsbank sein.

Ergänzend meldet unser *HM*-Korrespondent, dass die beantragte Gesetzesnovelle, die am Freitag vom Rechtsberater des Finanzministeriums Avner Cassuto veröffentlicht wurde, die Interessen der Inhaber van Pazak- und Tamam-Konten nicht wahrnimmt. Für diese Devisenkonteninhaber soll eine besondere Regelung ausgearbeitet werden. *Höchstwahrscheinlich* wird diese Regelung darin bestehen, dass sie im Falle eines Bankrotts der betreffenden Bank beim Vergleich in erster Linie berücksichtigt werden, d.h. dass von den verbleibenden Beständen vorerst Pazak- und Tamam-Konteninhaber entschädigt werden sollen.

Hingegen werden andere Devisenkonten — wie solche ausländischer Konteninhaber — den gleichen Bestimmungen in dem *neuen Gesetz unterstehen*, wie Inhaber gewöhnlicher IL-Konten. Trotzdem ist diese offenbare „Gleichstellung" für die ausländischen Inhaber von Devisenkonten (Patach) für die Letzteren nachteilig, da sie im Entschädigungsfalle ihr Geld nicht *in Devisen*, wie ursprünglich deponiert, sondern in IL, gemäss dem offiziellen Kurs, erhalten werden. Es wäre undenkbar, sie in Devisen zu vergüten, da dies, der Meinung der Autoren des *Gesetzesantrags* nach, Ausländer gegenüber Inländern „bevorzugen" würde.

SCHARON HEGT PESSIMISMUS UEBE[R] FRIEDENSAUSSICHTEN

„Israel ist heute stärker als vor einem Jahr. Wir h[o]fen auf den Frieden, aber sind bereit zum Kampf. Ob [es] zu einem neuen arabisch-israelischen Krieg kommt, h[ängt] ganz von den Arabern ab. *Wir würden uns den Frie[den]* wünschen, aber ich bin nicht sicher, ob der Friede w[irk]lich kommen wird."

In diesem Sinne äusserte sich MdK Ariel Scharon, [der] sich derzeit in den USA aufhält, auf einer Pressekonfer[enz] im Rahmen des Zionistenverbandes in New York.

Syrien wird nach der Ueberzeugung von MdK Scha[ron] keinen Friedensvertrag unterzeichnen, solange sich Is[rael] auf den Golanhöhen befindet, doch kann Israel auf di[eses] Gebiet nicht verzichten. Aegypten wäre zwar zu Fried[ens]verhandlungen bereit, fordert aber die Uebergabe min[de]stens der Hälfte der Sinai-Halbinsel. Israel kann weder [auf] das Westufer des Jordans verzichten, noch der Bildung [ei]nes Palästinenserstaates zwischen dem Mittelmeer und [der] Wüste zustimmen, fügte MdK Scharon *hinzu*: „Jorda[nien] kann als Palästinenserstaat betrachtet werden, denn [...] seiner Bevölkerung sind Palästinenser."

Israel wäre gerne bereit, den USA und den e[uro]päischen Staaten zu helfen, Druck auf die arabischen [Er]dölstaaten auszuüben und damit zu einer Senkung der [Er]*dölpreise* zu gelangen. Aber es gibt hierbei ausser m[ili]tärischen Massnahmen auch wirtschaftliche und polit[ische] Methoden, erklärte MdK Scharon.

Jariw: Zweite Verhandlungspha[se] dürfte ein Jahr lang andauer[n]

Jerusalem (HM) — Die Ansicht, dass die zweite Verhandlungsphase mit den arabischen Nachbarstaaten ein Jahr lang andauern wird, äusserte Informationsminister Aharon Jariw in einem Rundfunkinterview im Rahmen der englischen Sendungen.

Jariw erklärte, das Wesentliche an dieser zweiten Verhandlungsphase sei, dass sie zum Unterschied von den Verhandlungen über die Entflechtungsabkommen einen vorwiegend politischen Charakter tragen müsste. Er liess durchblicken, dass Israel sich nicht auf direkte Verhandlungen versteifen sollte, auch wenn die Entscheidung Nr. 338 des UN-Sicherheitsrates solche Verhandlungen vorausgesetzt habe. Die Hauptsache sei, schliesslich mit der Gegenseite *eine* Vereinbarung zu erzielen.

Der Informationsminister bezweifelte allerdings die Möglichkeit, dass Israel während dieser zweiten Verhandlungsphase bereits zu einem endgültigen Friedensabkommen mit Aegypten gelangen könne. Was ihm vorschwebt, ist eine Teilreg[elung].

Der Minister wiederh[olte Is]raels Bereitschaft, ein end[gültiges] Friedensabkommen mit [...] henden territorialen Ve[rzichten] zu bezahlen.

Auf die Frage, wa[nn die] zweite Verhandlungspha[se begin]nen werde, antwortete de[r Infor]mationsminister, dass s[ie prak]tisch bereits begonnen h[abe. Der] Besuch der arabischen [Aussen]minister, des israelische[n Aus]senministers und des M[inister]präsidenten Rabin in Wa[shington] habe diesen Prozess, der [mit ei]*nem zweiten* Schritt a[uf dem] Wege zum Frieden führe[n soll,] bereits eingeleitet. Der [bevor]*stehende* Besuch Dr. K[issingers] im Nahen Osten werd[e diese] Tätigkeit bestimmt a[ktivieren] und Israel ein besser[es Bild] über die Aussichten für d[ie näch]ste Zukunft vermitteln.

Der Informationsmini[ster meinte,] te, die befürchtete Aner[kennung] der *PLO* seitens der UN[O werde] an Israels Haltung ge[genüber] dieser Terrororganisatio[n nichts] ändern.

Jariw enthielt sich ein[er Stel]lungnahme zur Frage, [ob die] Syrer das UNDOF-Man[dat ver]längern werden oder ni[cht. Er] sagte, dies sei in erste[r Linie] ihre Sorge. Israel dürfe [nicht] den Eindruck erwecken, [als ob es] mit ängstlicher Spannu[ng den] Entscheid aus Damaskus [erwar]te.

JORDANIEN SPRICH[T VON] 25.000 VERHAFTUN[GEN]

Seit dem Jahre 1967 [sollen im] Westufergebiet 25.000 [Araber] von den Israelis verhaft[et wor]den — *heisst es in ein[em Be]*richt der jordanischen [Kom]mission zur Unterstützu[ng po]litischer Gefangener. [In] der vergangenen acht Mo[naten sol]len 1.609 Araber festgen[ommen] worden sein.

Entsprechend einer A[nkün]dung aus Amman wand[te sich] die Kommission dieser T[age an] die UN mit der Bitte, s[ich ein]zuschalten und die er[...] Massnahmen der israelisc[hen Be]hörden aufzuheben.

Nur noch ein Drittel Anzahlung fuer „Amkor"-Kuehlschraenke

Für „Amkor"-Kühlschränke muss von nun an bei der Be*stellung nur noch ein Drittel* des Kaufpreises angezahlt werden. Die „Ampa"-Gesellschaft, die diese Kühlschränke verkauft, hat ein Uebereinkommen in diesem Sinne mit dem Handels- und Industrie-Ministerium abgeschlossen.

Derzeit dauert die Lieferung eines „Amkor"-Kühlschranks etwa sechs Monate. Der Käufer *musste* schon bei der Bestellung eine höhere Anzahlung leisten, bekam hierfür jedoch keine Zinsen gutgeschrieben. Hinzu kam, dass am Tage der Bestellung der *endgültige* Preis noch nicht feststand; er konnte sich bis zum Tage der Auslieferung entsprechend der Teuerung erhöhen. Diese Regelung, der das Ministerium seine Zustimmung gegeben hatte, bleibt zwar weiterhin in Kraft, doch soll der Käufer *nun nicht auch noch dadurch* benachteiligt werden, dass er eine hohe Summe bereits ein halbes Jahr vor der Auslieferung zinslos deponieren muss.

Die „Amkor"-Gesellschaft hat sich zugleich bereiterklärt, alle *Anstrengungen zu unternehmen*, dass die Produktion erhöht werden kann. Derzeit werden 4.300 Kühlschränke pro Monat erzeugt, doch soll diese Zahl noch vor Ablauf dieses Jahres auf monatlich 6.200 steigen.

Mehrzahl der Neueinwanderer bleibt in den Entwicklungsorten

Etwa zwei *Drittel* aller Neueinwanderer-Familien, die während der Monate Juli—September *1973* in *Entwicklungsorte* eingewiesen wurden, blieben dort wohnen. Dies ergibt sich aus *einer* Untersuchung des Eingliederungsministeriums.

Von allen *Einwanderern*, die während dieser Periode eintrafen, wurden etwa 80% in Ent*wicklungsorte verwiesen. Es* befanden sich unter diesen sehr viele Einwanderer aus der Sowjetunion, aber auch aus westlichen Ländern, vor allem aus Argentinien. 360 Familien wurden in Entwicklungsorte im Landesnorden eingewiesen.

Etwa 14% dieser Familien verliessen die Entwicklungsorte innerhalb des ersten Jahres nach ihrer Einwanderung. Der Anteil jener Familien, die in Entwicklungsorten eingewiesen wurden und später das Land wieder verliessen, beträgt nur 3%, also we*niger als der Anteil der Rück*wanderer unter allen Einwanderern insgesamt.

aus dem Lande

AUSSTELLUNG VON KRIEGSZEICHNUNGEN

Im Künstlerhaus von Jerusalem wird Erziehungsminister Aharon Jadlin heute eine Ausstellung von Zeichnungen 5-18 jähriger Kinder über den Jom Kippur-Krieg eröffnen. Die Zeichnungen werden einen Monat lang in Jerusalem und danach in Tel Aviv, in Beer Schewa, in Haifa und in Zfat ausgestellt.

Eine der Zeichnungen errang bereits auf der 16. Internationalen UNESCO-Ausstellung in Bangkok den ersten Preis, eine den dritten Preis und weitere zehn gewannen ein Auszeichnungsdiplom.

Auch Zeichnungen arabischer Kinder sind im Rahmen dieser Ausstellung *zu* sehen.

LAUB FUER DIE SUKKOT-HUETTE

Viele *Ortsausschüsse haben* Sonderregelungen für die kostenlose Abgabe von Laub für die Sukkot-Hütte getroffen. Interessenten mögen sich an die Abteilung für Parkanlagen bei den Stadtverwaltungen und den Ortsausschüssen wenden und davon Abstand nehmen, selbst Laub von den Strassenbäumen abzureissen, was grossen Schaden *verursachen würde*.

BESTECHUNG DER LIZENZSTELLE

Wegen Bestechung der Lizenzstelle für die Erteilung von Führerscheinen verurteilte das Militärgericht von Betlehem acht Ortsbewohner zu Geldstrafen von je 1.000 IL und Gefängnisstrafen von je zwei Jah*ren mit Bewährungsfrist*. Fünf der Angeschuldigten hatten sich zur Anklage bekannt. Die Polizei hatte die *unrechtmässig* erworbenen Führerscheine bereits für ungültig erklärt.

AUSGEZEICHNETE TABAKERNTE

Importe von Tabak hat Israel jetzt nur noch bei ganz bestimmten Tabaksorten notwendig, die *zur Mischung gebraucht* werden. Der allergrösste Teil des Tabakverbrauches des Landes wird durch eigene Ernte gedeckt, und man kann daran denken, grössere Exportanträge anzunehmen, besonders, da auch im Westufergebiet die Tabakan*baufläche* grösser und der Ertrag entscheidend höher geworden ist.

Experten meinen, Israel erziele heute eine Rekordernte an Tabak pro hundert Quadratmeter und internationale Landwirtschaftsgremien haben begonnen, sich für die israelische Methode der Tabakpflanzung zu interessieren.

ISRAEL NACHRICHTE[N]
[ח]דשות ישראל

TAGESZEITUNG IN DEUTSCHER SPRAC[HE]

— Nr. 227 —

Abonnement- und Anzeigenabteilung: Tel. 326[...]
Abonnement Tel-Aviv: Tel. 724881
Redaktion: Tel. 30014
Nacht-Redaktion ab 17.30 Uhr, Tel. 32675
Tel-Aviv, Harakewet Str. 52